

LN-Dossier 15 // Juli/August 2017

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN



GegenStrömung
CounterCurrent



GESTAUTE STRÖME

WASSERKRAFT:

FLUCH ODER SEGEN FÜR LATEINAMERIKA?

Gefördert von:

Engagement Global im Auftrag des BMZ



Misereor



Stiftung Umverteilen



Für den Inhalt dieser Publikation sind alleine die Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, von Misereor oder der Stiftung Umverteilen wieder.

V.i.S.d.P.: Thilo F. Papacek und Christian Russau

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel.: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.lateinamerika-nachrichten.de
redaktion@LN-Berlin.de

GEGENSTRÖMUNG // INFOE

Melchiorstraße 3 ·
50670 Köln
Tel. 02 21 / 7 39 28 71
Email: infoe@infoe.de

WASSERKRAFT IN LATEINAMERIKA

- 4 **Wasserkraft: Fluch oder Segen?** // Kaum eine Weltregion hängt so stark von Wasserkraft ab wie Lateinamerika – mit gemischtem Erfolg

PANAMA

- 8 **Vollendete Tatsachen** // Umfangreiche Zugeständnisse an die Indigenen an dem Fluss Tabasará nachdem das Wasserkraftwerk Barro Blanco fertiggestellt ist

CHILE

- 11 **Grüne Lunge in Gefahr** // Ein Laufwasserkraftwerk bedroht die „grüne Lunge“ der chilenischen Hauptstadt Santiago

PERU

- 15 **Echsen gegen Dämme** // Interview mit der Reptilienforscherin Dr. Claudia Koch über die ökologische Bedeutung der Trockenwälder im Marañón

BOLIVIEN

- 18 **Schlechter Deal** // Bolivien will mit Wasserkraft zum Stromexporteur werden – die Erfolgsaussichten des Projekts sind gering

BRASILIEN

- 22 **Staudamm, Schiene, Schnitzel** // Wie Staudämme und Wasserstraßen am Tapajós mit Bergbau und Soja in Mato Grosso und dem billigen deutschen Schnitzel zusammenhängen
- 28 **„Dieses Entwicklungsmodell verursacht soziale Gewalt!“** // Mit dem Ende der Bauarbeiten am Kraftwerk Belo Monte nehmen Arbeitslosigkeit, Drogenkriminalität und Zwangsprostitution in Altamira zu

GUATEMALA

- 31 **Widerhall der Gräuel** // Konflikte um Wasserkraftwerke wecken bei guatemaltekischen Indigenen Erinnerungen an die Vergangenheit

VENEZUELA

- 34 **Die andere Krise** // Die Energieversorgung Venezuelas hängt maßgeblich von Wasserkraft ab

HONDURAS

- 36 **Mörderisches Projekt** // Agua Zarca: Todesprojekt auf dem Territorium der Lenca

MEXIKO

- 39 **Freie Flüsse in Südmexiko** // Erfolgreiche Staudamm-Widerstände in Oaxaca und Puebla

WASSERKRAFT: FLUCH ODER SEGEN?

KAUM EINE WELTREGION HÄNGT SO STARK VON WASSERKRAFT AB, WIE
LATEINAMERIKA – MIT GEMISCHTEM ERFOLG

In den 1960er und 1970er Jahren galten große Wasserkraftwerke als Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika. Nach über 50 Jahren Erfahrung fragen Gegenströmung und die *Lateinamerika Nachrichten* in diesem Dossier nach den Folgen der Wasserkraftnutzung in der Region. Dabei wollen wir vor allem auf die unbekannteren Auswirkungen dieser Technologie eingehen.

„Erneuerbare Energien sind zweifellos die nachhaltigste Antwort auf den wachsenden weltweiten Energiebedarf. Die Wasserkraft spielt eine entscheidende Rolle bei der nachhaltigen und umweltfreundlichen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und ist weltweit die größte erneuerbare Quelle für die Stromerzeugung.“ So steht es in einer Pressemitteilung des deutschen Konzerns Voith Hydro, der zu den Marktführern bei der Produktion von Turbinen und anderer Ausstattung für Wasserkraftwerke gehört.

Die Argumentation erscheint schlüssig: Wasserkraft ist eine grüne Energiequelle, da kein Erdöl, Gas oder Kohle zur Stromgewinnung verbrannt werden. Auch der Einsatz radioaktiver Elemente ist für den Betrieb eines Wasserkraftwerks nicht notwendig. So erscheint Wasserkraft als älteste regenerative Energiequelle.

Gleichzeitig kann man mit Wasserkraftwerken weitestgehend zuverlässig enorme Mengen Energie erzeugen. Von den weltweit zehn größten Kraftwerken sind neun Wasserkraftwerke. Insbesondere für Länder des Globalen Südens, so die Fürsprecher*innen der Wasserkraft, biete diese Energiequelle eine attraktive Möglichkeit, günstig umweltfreundlichen Strom zu erzeugen.

Gerade angesichts der Herausforderungen des Klimawandels erscheint so Wasserkraft als eine notwendige und wichtige Technologie. Diese Sichtweise propagiert auch die International Hydropower Association (IHA), in der sich Konzer-

ne und Investor*innen aus aller Welt organisieren, die im Geschäft mit der Wasserkraft aktiv sind. Auf dem diesjährigen Kongress der IHA, der im Mai in Addis Abeba stattfand, bezogen sich viele Diskussionen sowohl auf die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) als auch das Pariser Klimaabkommen. Beide beinhalten die Verpflichtung, den Zugang zu Elektrizität und Wasser unter Berücksichtigung des Klimawandels zu verbessern und die Wasserkraftindustrie ist darum bemüht, ihre Technologie als Lösung beider Probleme darzustellen.

Zentral- und insbesondere Südamerika sind Vorzeigeregionen für die Wasserkraft. Von den zehn größten Wasserkraftwerken der Welt stehen vier in Südamerika. In Brasilien und Venezuela werden über 80 Prozent der genutzten Elektrizität mit Wasserkraft generiert. Seit den 1960er Jahre investieren lateinamerikanische Länder massiv in Wasserkraftwerke, da sie als Voraussetzung für eine angestrebte wirtschaftliche Entwicklung galten. Vorreiter war und ist vor allem Brasilien, das die Entwicklung dieser Technologie nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Nachbarstaaten, vorantreibt. So steht das zweitgrößte Wasserkraftwerk der Welt, Itaipú, auf der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay und wird von einem binationalen Konzern kontrolliert.

Wasserkraft in Brasilien – Eine Erfolgsgeschichte? Viele deuten dies so. Die Industrie der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas hängt von der Energie aus Staudämmen und Laufwasserkraftwerken ab. Und der deutsche Konzern Voith Hydro verweist auf seiner Webseite stolz darauf, dass er einen Teil der Turbinen von Itaipú geliefert habe. Itaipu deckt knapp 17 Prozent des brasilianischen und 75 Prozent des paraguayischen Strombedarfs. Das Kraftwerk hat zur industriellen Entwicklung im Ballungsraum São Paulo beigetragen. Deshalb wird gerade Itaipú als das Paradebeispiel für einen erfolgreichen Staudamm



▲ **Zweifelhaftes Vorbild** Der Staudamm von Itaipú

präsentiert, dem die beteiligten Staaten Brasilien und Paraguay viel zu verdanken hätten.

Doch die Darstellung der Wasserkraft als uneingeschränkt positiv zu bewertende Technologie blendet ihre zahlreichen negativen Seiten aus. So zeigen jüngere wissenschaftliche Studien, dass der so hochgelobte Itaipú-Staudamm wahrscheinlich niemals seine Baukosten wieder einbringen werde. Vor allem Paraguay hat schwer unter der Schuldenlast, die das pharaonisch anmutende Projekt verursacht hat, zu tragen. Die linksgerichtete Regierung von Fernando Lugo strebte während ihrer Amtszeit (2008–2012) deshalb auch eine erneute Verhandlung mit Brasilien über die Aufteilung der Schulden an.

Staudämme können also nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes stärken, sondern auch für massive finanzielle Probleme sorgen. Ein Forschungsteam der Universität Oxford unter Leitung des dänischen Wirtschaftsgeographen Bent Flyvbjerg hat 2014 eine Studie publiziert, die genau dieser Frage nachging: Wie sinnvoll sind Staudämme für die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern des Globalen Südens? Sie haben 245 Staudämme, die seit 1934 gebaut worden sind, untersucht. Heraus kam, dass der Bau diese Dämme im Durchschnitt 96 Prozent mehr gekostet hat, als ursprünglich veranschlagt. Bei zwei von zehn Dämmen stiegen die Kosten um mehr als 100 Prozent, bei einem von zehn Dämmen sogar über 300 Prozent vom ursprünglich veranschlagten Wert.

Hauptgrund für die hohen Kosten sind Verzögerungen beim Bau. Bei acht von zehn Projekten dauerte der Bau eines Staudamms oder eines anderen Wasserkraftwerks länger als geplant – im Durchschnitt etwa acht Jahre länger, aber oft weit mehr als zehn. Ein aktuelles Beispiel ist das Alto-Maipo-Projekt in Chile, dessen Bau sich immer wieder verzögert und dessen Kosten deshalb explodieren (siehe Artikel).

ABKÜRZUNGEN UND GLOSSAR

MW: Megawatt; 1000 MW = ein Gigawatt. In dieser Maßeinheit wird die Leistung gemessen, mit der ein Kraftwerk Strom erzeugen kann.

MWh: Megawattstunden. In dieser Maßeinheit wird die Energiemenge gemessen, die ein Kraftwerk erzeugt. Eine MWh entspricht 3600 Mega-Joule.

Kapazität: Die „installierte Kapazität“ gibt an, mit welcher Leistung ein Kraftwerk bei voller Auslastung Strom erzeugen kann.

Staudamm: Ein Fluss wird aufgestaut; durch den kontrollierten Abfluss kann man in Turbinen Strom erzeugen

Laufwasserkraftwerk: Einem Fluss wird in einem Wehr Wasser entnommen, um es durch Turbinen und anschließend wieder in den Fluss zu leiten. Im Gegensatz zum Staudamm wird nicht der ganze Fluss aufgestaut.



Foto: Dr. Claudia Koch

▲ **Wilde Flusslandschaft in Gefahr** Am Marañón in Peru sind über 20 Staudämme geplant (S. 15)

Aus diesem Grund sind große Staudammprojekte – die meist von Staaten finanziert werden – oft der Grund für die massive Verschuldung von Ländern des Globalen Südens, den sogenannten Entwicklungsländern. Dem Wissenschaftler Flyvbjerg zufolge belastete die Schuldenlast, die aus dem Itaipú Staudamm entstand, die brasilianischen Staatsfinanzen für Jahrzehnte. Der Bau war damit für die Hyperinflation in den 1970er und 1980er Jahren mindestens mitverantwortlich.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu fahrlässig, wenn ohnehin verarmte Länder große Staudammprojekte planen. Doch das ärmste Land Südamerikas, Bolivien plant genau das. Die Kraftwerke El Bala und Chepete sollen, in den Worten von Regierungsvertreter*innen, Bolivien zum „energetischen Herzen Südamerikas“ machen. Der Strom soll nach Brasilien und Argentinien exportiert werden. Dabei würde das Projekt die Schulden des Staates fast verdoppeln – wenn sich die Baukosten im geplanten Rahmen bewegen. Die Regierung will das Projekt durchbringen, obwohl alles danach aussieht, als ob das Geschäft mit dem Stromexport niemals lukrativ genug sein wird, um das Projekt zu rechtfertigen. Wir sprachen mit dem bolivianischen Aktivistin Pablo Solón über die Ungereimtheiten dieses Projektes (siehe Artikel).

Auch Peru will zum Stromexporteur werden. Dort sind über 20 Staudämme am Marañón, dem wichtigsten Quellfluss des Amazonas, geplant. Doch die ökologischen Folgen wären enorm: Sedimen-

te würden nicht mehr ins amazonische Tiefland transportiert, was die Fruchtbarkeit der dortigen Böden verringern würde. Fische könnten nicht mehr zu ihren Laichplätzen migrieren, viele Arten würden womöglich aussterben – und Fisch ist die Nahrungsgrundlage für den Großteil der Bevölkerung im Amazonasgebiet. Über die zu erwartenden ökologischen Folgen dieser Projekte sprachen wir mit der Biologin Dr. Claudia Koch (siehe Artikel).

Befürworter*innen der Wasserkraft führen gerne ins Feld, dass die positiven Entwicklungsmöglichkeiten die negativen ökologischen Effekte der Wasserkraft aufwiegen würden. Doch von Entwicklungsmöglichkeiten spürt die lokale Bevölkerung um die Wasserkraftwerke meist wenig. Wir durften ein Interview mit dem brasilianischen Wissenschaftler und Aktivistin Assis Oliveira nachdrucken, in dem er von der Situation in Altamira berichtet. Seit auf dem Gemeindegebiet das Laufwasserkraftwerk Belo Monte gebaut wird – das nach Fertigstellung das zweitgrößte Wasserkraftwerk der Welt sein wird – haben sich die Lebensbedingungen dort eher zum Schlechten entwickelt. Viele Arbeiter*innen sind nach Beendigung des Großteils der Bauarbeiten einkommenslos, die Kriminalität grassiert (siehe Artikel). Von der Energie, die in den Kraftwerken erzeugt wird, profitieren meist Andere. Oft geht der Strom an extraktivistische Industriezweige, wie Bergbau oder Ölförderung, die zusätzliche Umweltprobleme verursachen, wie etwa das bereits

genannte Beispiel Alto Maipo zeigt (siehe Artikel). Doch Staudämme sollen mitunter nicht nur der Energieproduktion dienen. Ein anderer Effekt ist, dass man mit ihnen Flüsse anstauen kann, damit sie zu Wasserstraßen werden. Ein Beispiel dafür sind die geplanten Staudämme am Tapajós-Fluss in der brasilianischen Amazonasregion. Auf den Zusammenhang zwischen Expansion der Agrarindustrie, Zerstörung des Regenwaldes und großen Infrastrukturprojekten wie Staudämmen und Eisenbahnen gehen wir in einem weiteren Artikel ein.

Große Staudämme werden meistens von staatlichen Institutionen gebaut und betrieben. Doch Kleinwasserkraftwerke, die oft von privaten Investoren gebaut werden, um die Energieversorgung von Bergwerken zu gewährleisten, sind meist nicht weniger konfliktbeladen. Oft kommt es zu Wasserkonflikten zwischen den Kraftwerksbetreiber*innen und lokalen Gemeinden. Doch die Gemeinden organisieren bisweilen erfolgreichen Widerstand, wie etwa in den süd mexikanischen Bundestaaten Oaxaca und Puebla (siehe Artikel). Doch derartiger Widerstand wird oft kriminalisiert oder gewaltsam unterdrückt. Bekanntestes Beispiel ist sicher der Fall von Berta Cáceres, die im März vergangenen Jahres ermordet worden ist, was für weltweite Empörung sorgte. Grund für den Mord an ihr war, dass sie den Widerstand gegen das geplante Kleinwasserkraftwerk Agua Zarca organisierte (siehe Artikel). Doch auch in anderen Ländern werden Staudämme gewaltsam gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchgesetzt. Betroffen sind meist indigene Gemeinden und so reproduzieren sich in den Konflikten um Wasserkraftwerke koloniale Gewaltverhältnisse, wie der Konflikt um das Projekt Oxec II in Guatemala zeigt (siehe Artikel).

Sowohl am Kraftwerkprojekt Oxec II als auch Agua Zarca sind europäische und deutsche Akteure beteiligt. Europäische und deutsche Konzerne finanzieren, versichern und beliefern Wasserkraftwerksprojekte in ganz Lateinamerika. So wird auch das hochumstrittene Staudammprojekt in Panama, Barro Blanco, dass das Territorium der indigenen Ngöbe Bugle bedroht, von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft mbH, einer Tochter der Kreditanstalt für Wiederaufbau, mitfinanziert (siehe Artikel).

Staudammbefürworter*innen leugnen meist diese negativen Konsequenzen der Wasserkraftnutzung nicht, sagen aber, dass die positiven Seiten die negativen überwiegen. Ein Aspekt, der gerne

zugunsten der Wasserkraft aufgezählt wird, ist ihre Verlässlichkeit. Doch angesichts des Klimawandels wird die Zuverlässigkeit der Wasserkraft immer fragwürdiger. Immer mehr Studien beschäftigen sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserkraft. Durch den Klimawandel werden sich sowohl Starkregeneignisse, die die Sicherheit der Wasserkraftwerke gefährden, häufen, als auch Dürren, die dann zum Ausfall der vermeintlich zuverlässigen Energiequelle führen. Bestes Beispiel ist Venezuela, wo aufgrund von Dürren die Stromversorgung, die fast ausschließlich vom Guri-Staudamm abhängt, mehrmals ausgefallen ist (siehe Artikel). Doch Wasserkraft wird nicht nur vom Klimawandel beeinflusst, sondern wirkt sich auch auf das Klima aus. Befürworter*innen der Wasserkraft verweisen gerne darauf, dass Wasserkraftwerke nicht das Treibhausgas Kohlendioxid ausstoßen. Doch in den Reservoirs von Staudämmen oder in langsam fließenden Flüssen, deren Fließgeschwindigkeit durch Wasserkraftwerke gebremst wird, verrotten organische Materialien zu Methangas. Methan ist nach Angaben des deutschen Umweltbundesamts ein 25mal stärker wirkendes Treibhausgas als Kohlendioxid. Aus diesem Grund emittiert das Wasserkraftwerk Balbina im brasilianischen Amazonasgebiet mehr Treibhausgas, als ein modernes Gaskraftwerk, wie der amerikanische Wissenschaftler Philipp Fearnside berechnet hat. Mit diesem Dossier wollen wir die Diskussion um die Wasserkraft bereichern und auf die weniger bekannten problematischen Aspekte dieser Technologie aufmerksam machen. Es lohnt sich, diese Technologie, die in der Vergangenheit oft überschwänglich als „grün“, „verlässlich“ und „nachhaltig“ tituliert wurde, neu zu bewerten.

// Thilo F. Papacek, GegenStrömung

VOLLENDETE TATSACHEN

UMFANGREICHE ZUGESTÄNDNISSE AN DIE INDIGENEN AN DEM FLUSS TABASARÁ, NACHDEM DAS WASSERKRAFTWERK BARRO BLANCO FERTIGGESTELLT IST

Nach 18 Jahren wurde der Konflikt um den Barro Blanco Staudamm im August 2016 offiziell beendet. Vertreter*innen der Ngäbe-Buglé und der Regierung unterschrieben einen Vertrag, der den Indigenen viele ihrer Rechte zurückgibt. Doch Zweifel an einer dauerhaften Befriedung bleiben.

„Wir werden alles dafür tun, dass dieses Wasserkraftwerk nicht in Gang kommt“, versprach Esteban Binns vor beinahe genau einem Jahr. Gerade saß er an einem Tisch mit der panamaischen Regierung und beriet die indigenen Repräsentant*innen in den Verhandlungen um den Staudamm. Der Mathematiker stammt aus Tabasará im Westen Panamas, durch die der gleichnamige Fluss fließt, welcher für ein Wasserkraftwerk gestaut werden soll. Dafür würde die Heimat der Indigenen Ngäbe-Buglé geflutet werden. Die Bauarbeiten waren zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen und die Flutungen hatten inoffiziell begonnen. Nach monatelanger Diskussion haben sich beide Parteien im vergangenen August nun geeinigt und einen Vertrag unterzeichnet. Doch sein Versprechen konnte Binns nicht halten.

Der Barro Blanco Staudamm ist die Ursache eines der längsten und kompliziertesten Konflikte in Panama: 18 Jahre dauert er bereits. Nachdem der erste Entwurf 1981 an den massiven Protesten der lokalen Bevölkerung gescheitert war, wurde das Projekt Ende der 90er Jahre wieder aufgegriffen. Damals trug es noch den Namen Tabasará. 1999 mündeten erste Demonstrationen in Festnahmen und die Ngäbe-Buglé begannen sich als Movimiento 10 de Abril (M10) zu organisieren. Damalige Gesetze verhinderten schließlich die Umsetzung des Vorhabens.

In den darauf folgenden Jahren wurden daraufhin wesentliche Teile des panamaischen Umweltrechts verändert. Das eigens für diesen Zweck gegründete Unternehmen GENISA erhielt somit 2007 die Genehmigung für den Bau des Staudamms, nun unter dem Namen Barro Blanco. GENISA führte zwar eine

Studie über die Umweltverträglichkeit des Projekts durch und befragte die lokale Bevölkerung – doch die Gemeinden, die entlang des Flusses leben und somit direkt von den Flutungen betroffen wären, wurden niemals in diese Beratungen einbezogen. „Das Volk der Ngäbe-Buglé wurde zu keinem Zeitpunkt konsultiert. Es hat dieses Projekt nie akzeptiert“, so Binns. Der Congreso General, die höchste Entscheidungsinstanz der Comarca, hätte nie über Barro Blanco entscheiden dürfen. Schlimmer noch: In der Umweltverträglichkeitsstudie heißt es, in dem Gebiet gäbe es „keine indigenen Gemeinden von Bedeutung“.

Nach dem Amtsantritt der Regierung unter Ricardo Martinelli im Jahr 2009 spitzte sich die Lage deutlich zu. In einem höchst intransparenten Prozess wurde die ursprünglich geplante Kapazität des Staudamms von 19 auf 29 Megawatt angehoben. Das heißt: Der Damm sollte 20 Meter höher, das Wasserreservoir um fast 30 Hektar größer und die umliegenden Gebiete um ein fünf Meter höheres Niveau geflutet werden. Eine erforderliche neu aufgezogene Studie über mögliche Auswirkungen blieb

Die holländische FMO und die Deutsche DEG finanzieren Barro Blanco.

hingegen aus, es wurde sich weiterhin auf die erste Studie bezogen. Anfang 2011 begannen die Bauarbeiten.

Die holländische FMO und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), Tochter der KfW, finanzieren Barro Blanco mit jeweils 25 Millionen Dollar. Nach eigener Aussage investieren sie damit in „grünen Strom“, der bis zu 70.000 Menschen versorgen würde. Auf ihrer Homepage erklärt die DEG, sie trage zu „dauerhaft besseren Lebensbedingungen in Entwicklungsländern“ bei.

Was ist mit den Ngäbe-Buglé? Den Informationen



Foto: Carbon Market Watch (CCBY-ND20)

▲ **Bedrohte Landschaft** Die Gebiete um den Fluss Tabasará im Westen Panamas sollen geflutet werden

der DEG nach hätte es eine Einigung zwischen GENISA und der Comarca gegeben. Das Unternehmen hätte Vertreter*innen der indigenen Bevölkerung mehrfach über das Vorhaben informiert. Erst später hätte sich herausgestellt, dass sich nicht alle Indigenen vertreten gefühlt und dem Projekt zugestimmt hätten.

Die Bank nehme, betont Fachreferentin Schrahe-Timera, „Kritik an ihrer Arbeit sehr ernst“. Ein spezieller Beschwerdemechanismus stehe sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen offen, die sich beeinträchtigt fühlen. Indigene aus Tabasará nahmen dies 2014 wahr, erzählt auch Esteban Binns. Allerdings kam das unabhängige Gremium, das die Beschwerde prüfte, zu dem Schluss, dass die Banken ihre Kredite im Einklang mit ihren Standards vergeben hätten. Auf diese verweist auch Schrahe-Timera, wie die Umwelt- und Sozialprinzipien der European Development Finance Institution, die Konventionen der Internationalen Labour Organisation und die Guiding Principles der Vereinten Nationen.

Demgegenüber stehen drei Tote und mehr als hundert Verletzte, die der Konflikt bereits gekostet habe, berichtet Carbon Market Watch. Binns spricht sogar von zwölf Toten. Er selbst wurde vor fünf Jahren von Polizisten bewusstlos geschlagen. Nur mit Glück überlebte er.

Trotz aller Gewalt, oder gerade deshalb, konnte der Konflikt nicht auf der Straße gelöst werden, schreibt er in seinem Blog: „Die Krise dauert an.“

So tagte ab Februar 2015 der Runde Tisch zwischen Vertreter*innen der Regierung und den Ngäbe-Buglé. Sie riefen im August 2015 einen „Technischen Tisch“ ins Leben, um eine Lösung zu finden, ohne weitere Menschenleben zu opfern. „Die Konsequenz war der Acuerdo de Barro Blanco vom 22. August 2016, mit der Unterstützung von sieben Ex-

.....
Binns wurde vor fünf Jahren von Polizist*innen bewusstlos geschlagen.
.....

pert*innen auf der Seite der Ngäbe-Buglé.“ Im September schrieb Präsident Varela auf seiner Facebook-Seite: „Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens haben wir klare Ziele erreicht, die den Ngäbe-Buglé zugutekommen.“

Der Vertrag wirkt zunächst wie ein großer Erfolg für die Ngäbe-Buglé. Viele ihrer Forderungen sind dort umgesetzt. So soll das Unternehmen GENISA die Geschäfte an eine Treuhandgesellschaft abtreten. Die Darlehen der deutschen, niederländischen und zentralamerikanischen Entwicklungsbanken DEG, FMO und BCIE werden gekündigt. Das Wasserkraftwerk soll zukünftig Eigentum eines staatlichen Unternehmens mit mindestens 51-prozentiger Beteiligung der lokalen Gemeinden der Ngäbe-Buglé werden. Zudem soll der südliche Distrikt Müna von

der Stromversorgung des Wasserkraftwerks profitieren. Auch über Barro Blanco hinaus trifft der Vertrag Vorkehrungen: Die Regierung wird alle weiteren Wasserkraftprojekte am Tabasará beenden. Alle zukünftigen Projekte in der Comarca Ngäbe-Buglé müssen erst durch ein Referendum der Bewoh-

Die Ngäbe-Bugle fühlten sich durch die Comarca nicht repräsentiert.

ner*innen und durch die Zustimmung des lokalen Kongresses autorisiert werden. „Es ist nicht das, was wir wollten“, gibt Binns zu. „Aber wir verstehen die Schwierigkeit der Situation, die durch die verantwortungslosen früheren Regierungen entstanden ist. Mit der Vereinbarung fordern wir die Rechte der Betroffenen ein.“

Nun gilt es abzuwarten. Die Protestierenden wurden in den vergangenen Jahren oft enttäuscht, das Vertrauen ist stark gesunken, denn zu oft führte GENISA entgegen aller Abmachungen die Flutungen weiter fort. In seinem Blog-Eintrag beschreibt Binns, wie die Rechte der indigenen Bevölkerung im Laufe der Jahre geschwächt wurden. Barro Blanco ist das anschaulichste Beispiel dafür. Das Recht der Ngäbe-Buglé auf Konsultierung und Zustimmung zu dem Entwicklungsprojekt in ihrem Ge-

biet wurde ignoriert oder zugunsten des Staudamms angewandt.

Beobachter*innen erwidern häufig, dass sich viele der Ngäbe-Buglé durch die offiziellen Verhandlungsführer*innen nicht repräsentiert gefühlt und dem Projekt niemals zugestimmt hätten.

Zu diesem Ergebnis kam auch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), nachdem sie die Vertreter*innen der indigenen Bevölkerung mehrfach über das Vorhaben informiert hatte und die starken Proteste trotz einer Einigung zwischen GENISA und der Comarca andauerten. Erst später hätte sich herausgestellt, dass sich nicht alle Indigenen vertreten fühlten und dem Projekt zugestimmt hätten. Zu den Konsequenzen aus dem Vertrag zwischen Regierung und Ngäbe-Buglé nimmt die DEG derzeit keine Stellung. Auf der Homepage heißt es weiterhin, das Projekt werde umgesetzt.

Vor wenigen Wochen berichtete der Nachrichtensender TVN Noticias, dass drei Demonstrant*innen – unter ihnen der M10-Aktivist Manolo Miranda – angeklagt worden seien, weil sie die Bauarbeiten behindert hätten. Sie hätten die Zufahrt zum Kraftwerk blockiert. Das Urteil werde im August verkündet, ein Freispruch sei laut diverser Juristen*innen aber sehr wahrscheinlich. Schließlich hätte die Blockade nicht nur aus den drei Angeklagten bestanden.

// Leonie Düngefeld

Keine Staatskohle für Wasserkraft ▶
Protest vor dem DEG-Gebäude



Foto: URGewald

GRÜNE LUNGE IN GEFAHR

EIN LAUFWASSERKRAFTWERK BEDROHT DIE „GRÜNE LUNGE“ DER CHILENISCHEN HAUPTSTADT SANTIAGO



Foto: Nicolas Figueroa Peña (CC BY-SA 2.0)

Das Wasserkraftprojekt Alto Maipo in der Nähe von Santiago de Chile bedroht nicht nur ein wichtiges Naherholungsgebiet, sondern auch die Trinkwasserversorgung der Metropole. Mehrere deutsche Unternehmen und Finanzinstitutionen beteiligen sich an diesem umstrittenen Bauvorhaben. Wenn das Kraftwerk fertig gestellt wird, soll es vor allem Energie für den Kupfertagebau Los Pelambres liefern.

Sie ist die „grüne Lunge“ der sechs Millionen Einwohner*innen zählenden Hauptstadt Santiago de Chile: Die Schlucht Cajón del Maipo rund um den Flusslauf des Maipo ist ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Hauptstädter*innen. Insbesondere das Gebiet um den Nationalpark El Morado mit seinen Vulkanen und Gletschern wird gerne für Wandertouren oder andere Outdoor-Sportarten genutzt. Doch auch für die Wasserversorgung der chilenischen Hauptstadt ist der Río Maipo wichtig: Die

Trinkwasserversorgung des Ballungsraums um die Hauptstadt hängt von dem Gebirgsfluss ab. Zudem wird das Tal intensiv von der lokalen Bevölkerung für den Anbau von Nahrungsmitteln genutzt.

So ist es kein Wunder, dass sich früh Widerstand gegen ein Wasserkraftprojekt formierte, das dieses Tal gefährdet. Im Jahr 2007 wurden die Pläne für das Wasserkraftprojekt Alto Maipo bekannt, und schnell bildete sich ein breites Widerstandsbündnis aus Umwelt- und Tourismusverbänden, lokalen Aktivist*innen, Gewerkschaften, Anwält*innen und Politiker*innen unter dem Namen „Red Metropolitana No Alto Maipo“.

Das Wasserkraftprojekt Alto Maipo wird seit 2013 in rund 2.500 Metern Höhe am oberen Flussverlauf des Río Maipo im Gemeindegebiet von San José de Maipo gebaut. Etwa 50 km südöstlich der chilenischen Hauptstadt Santiago soll der Laufwasserkraftwerkkomplex entstehen. Befürworter*innen bewerben es als saubere Energiequelle: Das Wasser

der Quellflüsse des Río Maipo – der Flüsse Volcán, Yeso und Colorado – soll teilweise abgezweigt und über insgesamt etwa 46,5 Kilometer lange Betonröhren zu den unterirdischen Kraftwerken Alfalfal II und Las Lajas geleitet werden, wo mit Turbinen elektrische Energie erzeugt werden soll. Zusammen soll der Komplex eine Gesamtkapazität von 531 MW haben. Bereits mit dem ursprünglich geplanten Auftragsvolumen von rund 750 Millionen US-Dollar ist

Das Wasserkraftwerk soll hauptsächlich der Energieversorgung der Bergbauindustrie dienen.

es eines der größten privaten Bauvorhaben in Südamerika.

Bauherr ist die Alto Maipo S.p.A., ein Tochterunternehmen des chilenischen Energieproduzenten und -netzbetreibers AES Gener und des US-amerikanischen Mutterkonzerns AES Corporation. Alto Maipo S.p.A. befand sich bis Anfang 2017 zu 60 Prozent im Besitz von AES Gener und zu 40 Prozent im Besitz des chilenischen Bergbaukonzerns Antofagasta Minerales, deren Eigentümer die Milliardärs-Familie Luksic ist.

Dass ein Bergbauunternehmen Miteigentümer des Kraftwerks war, ist kein Zufall. Das Laufwasserkraftwerkprojekt Alto Maipo soll hauptsächlich der Energieversorgung der expandierenden Bergbauindustrie dienen. Wichtigster Konsument des Stroms soll das Kupferbergwerk Los Pelambres werden, das Antofagasta Minerales gehört.

Anfang dieses Jahres ist Antofagasta Minerales aber aus dem Projekt ausgestiegen. Grund waren die gestiegenen Baukosten, die auf das Dreifache des anfangs geplanten Budgets explodiert sind. Inzwischen kalkuliert die verantwortliche Firma Gesamtkosten von 2,05 Milliarden US-Dollar – und weitere Kostensteigerungen sind wahrscheinlich. Dadurch geriet AES im Januar 2017 in Finanzierungsschwierigkeiten. Schließlich übernahm die Muttergesellschaft AES Gener (USA) die 40 Prozent Anteile, die Antofagasta Minerales abstoßen wollte. Auch wenn das Bergbauunternehmen nun nicht mehr zu den Eigentümern des Kraftwerks zählt, bleibt der Vertrag bestehen, dass die Energie von Alto Maipo zuerst an den Tagebau Los Pelambres geliefert werden soll.

Grund für die massiv gestiegenen Baukosten beim Projekt Alto Maipo waren Verzögerungen bei den

Bauarbeiten. Eigentlich sollte das Projekt bereits in diesem Jahr fertiggestellt werden; inzwischen rechnet kaum jemand damit, dass das Kraftwerk vor 2020 in Betrieb gehen kann. Dies liegt unter anderem an erfolgreichen Streiks der Bauarbeiter*innen für höhere Löhne. Ende 2016 legten die Angestellten den Bau für zwei Monate komplett lahm. Inzwischen mussten die beteiligten Baufirmen für Hunderte Beschäftigte monatlich je 600 US-Dollar Löhne nach zahlen.

Namhafte deutsche, österreichische und italienische Firmen und Banken sind an dem Projekt beteiligt, darunter federführend das deutsche Unternehmen Voith Hydro. Das Joint Venture der Siemens AG und der Voith GmbH zeichnet für die komplette elektromechanische Ausrüstung des Vorhabens verantwortlich. Das heißt, die Turbinen und Generatoren werden von den brasilianischen und chilenischen Niederlassungen des Heidenheimer Konzerns gebaut. Dazu übernimmt der Konzern das gesamte Engineering, den Aufbau und die Inbetriebnahme des Kraftwerks.

Für den Bau des Projektes ist die Constructora Nuevo Maipo SpA zuständig, ein Baukonsortium,

Inzwischen kalkuliert die verantwortliche Firma Gesamtkosten von 2,05 Milliarden US-Dollar.

an dem die deutsche HOCHTIEF A.G., der italienische C.M.C. di Ravenna und die chilenische Tochterfirma der österreichischen Strabag AG beteiligt sind. Angeführt wird das Baukonsortium von der deutschen Firma Hochtief, die für die Detailplanung und den Bau der Tief- und Ingenieurbauarbeiten zuständig ist.

Dabei kam es aber Anfang Juni zu Unstimmigkeiten zwischen Hochtief und AES Gener: AES Gener wollte die Tunnel bohren lassen, weil dies schneller geht und billiger ist. Doch Hochtief bevorzugt ein anderes Vortriebverfahren, das zwar langsamer, aber auch sicherer ist. Hochtief argumentiert, dass bei der Gesteinsart, die im Maipo-Tal vorkommt, das schnellere und billigere Bohrverfahren die Sicherheit der Arbeiter*innen aufs Spiel setzen würde. Da es keine Einigung gab, wurde der Vertrag zwischen dem Baukonsortium und AES Gener Anfang Juni gekündigt. Ein Schiedsgericht in New York soll nun über den Streitfall entscheiden.

Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass das Konsortium, das das Projekt Alto Maipo finan-



▲ „Kein Alto Maipo“ Protest-Wandbild gegen das geplante Wasserkraftprojekt

ziert, stark durch den Ausstieg von Hochtief aus dem Projekt verunsichert ist. Durch den Ausstieg von Hochtief würden sich die Kosten noch einmal um mindestens 4,0 Millionen US-Dollar erhöhen, erklärte AES Gener. Eventuell soll die Österreichische Strabag einspringen und Anteile des Kraftwerks übernehmen.

Doch diese Umstrukturierung verursacht Unsicherheit, und die sieht das Finanzkonsortium natürlich nicht gerne. Einige der beteiligten Banken drohten Medienberichten zufolge, den Geldhahn zuzudrehen, wenn nicht ein detaillierter Plan vorgelegt wird, der erklärt, wie der Bau nun weitergehen soll. Das Finanzkonsortium hat beträchtlichen Einfluss, denn es hat Kredite über 60 Prozent der entstehenden Kosten zugesagt. Insgesamt handelt es sich um einen Kredit über rund 1,2 Milliarden US-Dollar mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Das Konsortium besteht aus acht südamerikanischen, europäischen und internationalen Banken. Darunter befinden sich die Weltbanktochter International Finance Corporation und eine Tochter der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die KfW-IPEX-Bank. Auf ihrer Homepage wirbt die halbstaatliche KfW-IPEX, dass sie „innovative Energie- und Umweltprojekte“ finanzieren und damit „eine nachhaltige Energieversorgung“ sichern würde. Verschiedene deutsche Organisationen wie Misereor und Gegenströmung kritisieren dagegen, dass eine deutsche halbstaatliche Bank das Projekt mit Krediten un-

terstützt. Denn es ist alles andere als unumstritten, dass es sich bei Alto Maipo um ein umweltfreundliches Energieprojekt handelt.

Die Bürgerinitiative gegen Alto Maipo ließ mehrere unabhängige Gegenuntersuchungen anfertigen. Aus diesen geht hervor, dass gravierende Umweltauswirkungen auf Flora und Fauna zu erwarten wären. Eine Studie unter Leitung des renommier-

Das Widerstandsbündnis stellte über 20 Strafanzeigen gegen die Bauherren.

ten Toxikologen Prof. Dr. Andrei Tchernitchin von der Universität Chile von 2015 zeigte, dass die Gewässer in der Maipo-Schlucht durch die Bauarbeiten am Wasserkraftprojekt mit toxischen Metalle wie Arsen, Nickel, Blei und Mangan kontaminiert werden. Für Blei wurden die zulässigen Grenzwerten sogar um mehr als 5.000 Prozent überschritten. Das Wasser des Rio Maipo sei wegen der Gesundheitsgefahren nicht mehr für den menschlichen Verbrauch sicher, so die Studie.

In den vergangenen drei Jahren stellte das Widerstandsbündnis deshalb über 20 Strafanzeigen gegen die Bauherren. Sie warfen ihnen gravierende Verstöße gegen die Umweltauflagen vor, die in der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Baugeneh-

WASSERKRAFT IN LATEINAMERIKA

migung aufgestellt worden waren. Ende Januar 2017 reagierte die Oberste Umweltbehörde endlich auf die Klagen und kündigte Untersuchungen an. Nun prüft die Umweltbehörde, ob die mit dem Bauherrn vereinbarten Auflagen auch eingehalten werden. Strafen wurden aber bislang nicht gegen AES Gener ausgesprochen.

Der Anwalt der Nichtregierungsorganisation „Beobachtungsstelle für Umweltkonflikte in Lateinamerika“ (OLCA), Álvaro Toro, berät das Widerstandsbündnis gegen Alto Maipo. Ihm zufolge ist die geltende Umweltgesetzgebung in Chile zu schwach. Er erwartet deshalb, dass die Umweltbehörde den Bauherren einen Freifahrtschein ausstellt und erklären wird, dass das Unternehmen die Auflagen erfüllt. In Chile ist es üblich, dass Umweltkonflikte zugunsten von Unternehmen entschieden werden.

Doch nicht nur das Wasserkraftwerk selbst gefährdet Menschen und Umwelt, sondern auch das Projekt, das die Energie hauptsächlich nutzen wird. Vom Kupfertagebau Los Pelambres gehen massive Umweltprobleme aus. Der Oberste Gerichtshof Chiles hat Antofagasta Minerales bereits verurteilt, weil von dem Tagebau Los Pelambres Wasserverschmutzungen durch Schwermetalle ausgingen. Der Konzern musste die Staubecken für die Bergbauabwässer (sogenannte tailings) umverlegen, damit Nachbargemeinden nicht kontaminiert

werden. Vor allem im Norden von Chile kommt es immer wieder zu Umweltkatastrophen, wenn solche tailings bei Starkregenfällen über ihre Dämme treten.

Deutschland unterhält eine strategische Rohstoffpartnerschaft mit Peru und Chile. 60 Prozent des in Deutschland verarbeiteten Kupfers kommt aus Lateinamerika, vor allem aus diesen beiden Ländern. Vor diesem Hintergrund stellte die Bundestagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ im April 2017 eine kleine Anfrage an die Bundesregierung zu „Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverstöße beim Kupferbergbau“, in der sie auch auf Alto Maipo und die Verbindungen zu Los Pelambres und die daraus resultierenden Umweltprobleme einging. Doch die Antwort der Bundesregierung war eher ausweichend: Die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Alto Maipo würden zeigen, dass die Bevölkerung „ihre Kontrollfunktion wahrnehme“. Besser wäre es aber, wenn auch die Bundesregierung ihre Kontrollfunktion bei der KfW-IPEX erfüllen würde. Dann würde die halbstaatliche Bank vielleicht nicht mehr so umweltschädliche Projekte wie Alto Maipo finanzieren.

// Ulrike Bickel und Thilo Papacek

▼ **Cajón del Maipo** Ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Hauptstädter*innen



Foto: Mariana Leon (CC BY-NC-ND 2.0)

ECHSEN GEGEN DÄMME

INTERVIEW MIT DER REPTILIENFORSCHERIN DR. CLAUDIA KOCH ÜBER DIE ÖKOLOGISCHE BEDEUTUNG DER TROCKENWÄLDER IM MARAÑÓN

Die Biologin Dr. Claudia Koch arbeitet seit 2005 zu den kaum erforschten Trockenwäldern des Marañóntals in Peru und hat dabei elf zuvor unbekannte Arten entdeckt. Mit ihr sprachen wir über dieses einzigartige Ökosystem und was die Konsequenzen wären, wenn es durch den geplanten Bau von 20 Staudämmen am Marañón zerstört würde.

Frau Dr. Koch, seit wann beschäftigen Sie sich mit den Trockenwäldern im Marañón-Tal?

Zum ersten Mal war ich 2005 im Marañón-Tal, für nur vier Tage, im Rahmen meiner Diplomarbeit. Ich wollte eigentlich nur die dortige Reptilienfauna mit der in den Trockenwäldern an der Küste vergleichen. Aber da haben wir in vier Tagen vier neue Arten gefunden und festgestellt, dass da noch ein offenes Forschungsfeld existiert. Und so habe ich entschieden, dass ich gerne meine Doktorarbeit zu dem Thema machen würde und mich intensiver den inner-andinen Reptilienarten widmen wollte. Ab 2008 habe ich dann die erste Forschungsreise dorthin unternommen und bis 2010 bin ich viermal in das Marañón-Tal gefahren, jeweils für mehrere Monate. In 22 Untersuchungsgebieten habe ich dann die Reptilien- und Amphibienfauna dokumentiert.

Was ist denn das besondere an diesen Trockenwäldern im Marañón-Tal?

Die Artenzusammensetzung in diesem Lebensraum ist wirklich einzigartig, sie ist so nirgendwo sonst zu finden. Wenn dieser Trockenwald verloren geht, dann ist dieses Ökosystem für immer weg. Da geht es nicht nur um Reptilien, sondern auch um Amphibien, verschiedene Pflanzenarten und andere Tierarten, die nur dort vertreten sind. Bei den Reptilien und Amphibien sind etwa 50 Prozent aller dort vorkommenden Arten endemisch, also kommen nur dort vor.



Foto: Claudia Koch

DR. CLAUDIA KOCH

ist Kuratorin für Herpetologie (Amphibien- und Reptilienforschung) am Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig in Bonn. Seit 2005 beschäftigt sie sich mit der Reptilienfauna der Trockenwälder in Nordperu. Im Jahr 2014 promovierte sie zu diesem Thema im Marañón-Tal. Auf vier verschiedenen Forschungsaufenthalten hat sie 22 Untersuchungsgebiete in diesem wenig erforschten Ökosystem besucht und dabei zahlreiche neue Arten entdeckt, von denen elf bereits durch sie und ihre peruanischen Kolleg*innen beschrieben wurden. Die Reptilienarten im Marañón-Tal sind weiterhin ihr Spezialgebiet, denn die Wissenschaftlerin und ihre Kolleg*innen wollen möglichst viel über diese Arten erfahren, bevor diese möglicherweise den geplanten Staudämmen zum Opfer fallen.

.....

Naturschützer*innen sehen sich manchmal mit dem Argument konfrontiert, dass es ja für die Menschen egal wäre, wenn ein paar Amphibien- und Reptilienarten nicht mehr vorkommen. Was wären denn die Auswirkungen auf Menschen und Gesellschaft, wenn diese endemischen Arten aussterben würden?



▲ **Ameiva aggerescus** Das Aussterben von Reptilien und Amphibien wirkt sich auch auf den Menschen aus

Mit Sicherheit hätte das Aussterben dieser Arten auch Auswirkungen auf die Menschen. Dort gibt es zum Beispiel große Probleme mit Mäusen und Ratten, wie überall, wo man Landwirtschaft betreibt. Und da sind Reptilien, insbesondere die Schlangen, ein wichtiger Faktor, um diese Mäuse- und Rattenpopulationen im Zaum zu halten. In diesen Tälern gibt es auch Reisfelder, und in denen sitzen haufenweise Frösche und Kröten drin, die die Mücken fressen. Die Geckos in den Häusern fressen die Insekten. Wenn da mehrere Arten einfach aussterben, müssen die Menschen mit größeren Insektenplagen rechnen.

Die Leute in den Dörfern leben auch viel von den Fischen, die sie aus dem Fluss fangen. Das sind aber alles Fließwasserfische, die das wahrscheinlich auch nicht besonders toll finden, wenn sie auf einmal in einem gestauten See leben sollen. Das wird mit Sicherheit auch zu einem großen Artensterben führen und das betrifft dann natürlich auch die Bevölkerung, die vom Fischfang lebt. Und es gibt viele derartiger komplexer ökologischer Zusammenhänge. Man muss bedenken, dass ganz viele Tier- und Pflanzenarten dort noch gar nicht untersucht worden sind, man kann also gar nicht wissen, was für andere Konsequenzen es haben könnte, wenn diese Arten verschwinden. Man kennt die Zusammenhänge noch nicht wirklich und kann deshalb die Folgen kaum abschätzen.

Würden die Staudämme, wenn sie denn gebaut werden, auch Konsequenzen haben, die über das Marañón-Tal hinausgehen?

Ja, viele der Amazonas-Fischarten leben zwar vor allem im Flussunterlauf. Zum Laichen migrieren sie aber in die Flussoberläufe. Wenn dann eine Staumauer den Weg unterbricht, dann können sich diese Arten nicht mehr reproduzieren. Von diesen Fischarten ernähren sich viele Menschen im amazonischen Tiefland. Außerdem ist der Marañón der Hauptquellfluss des Amazonas und bringt also auch die meisten Sedimente in dieses Flusssystem. Diese Sedimente aus den Anden werden dann über den gesamten Amazonas verteilt und haben da auch eine wichtige Funktion. Die Staumauern der geplanten Wasserkraftwerke würden verhindern, dass diese Sedimente abfließen. Man kann gar nicht abschätzen, welche Folgen das für den Nährstoffhaushalt der ganzen Amazonasregion haben würde. All das wurde bei der Planung dieser Staudämme nicht richtig berücksichtigt.

Wie beurteilen Sie denn die Umweltverträglichkeitsstudien, die für diese Staudämme gemacht wurden?

Einige meiner peruanischen Bekannten haben solche Umweltverträglichkeitsstudien durchgeführt. Da ist dann einmal für zwei Wochen ein Team in das entsprechende Gebiet gefahren, wo der Staudamm gebaut werden soll, und hat Un-

tersuchungen gemacht, um zu schauen, was da für Arten vorkommen. Ich selber war in 22 Untersuchungsgebieten und habe die meisten Gebiete mehrmals besucht. Da habe ich teilweise in der einen Jahreszeit andere Arten gefunden, als in der anderen Jahreszeit. Mit einmal Hingehen kann man nicht wirklich sagen, was für Arten dort vorkommen. Zum anderen muss man bedenken, dass durch einen Staudamm ja nicht nur der eine Ort beeinflusst wird, wo die Stau-mauer gebaut wird, das reicht nicht, wenn man sich nur diesen einen Ort anschaut. Die ganzen Effekte, die diese Staudämme flussabwärts haben, werden in diesen Studien gar nicht berücksichtigt. Vor allem wird auch nicht bedacht, wie viele andere Staudammprojekte geplant sind und welchen Effekt sie zusammen haben werden. Nach dem, was ich gehört habe, gibt es in dem Bereich auch überhaupt keine Absprache zwischen Peru und Ecuador, also es wird gar nicht berücksichtigt, welche Staudämme schon auf ecuadorianischer Seite im Einzugsgebiet des Amazonas geplant sind.

Das ist ja eigentlich absurd, dass da die kumulativen Effekte gar nicht berücksichtigt werden, es geht ja da um 20 Staudämme, die am Marañón geplant sind.

Ja, absolut. Wir haben deshalb auch zwei Reptilienarten, die wir entdeckt haben, dementsprechend benannt. Insgesamt haben wir zahlreiche weitere neue Arten entdeckt, von denen wir elf bereits beschrieben haben. Darunter zwei Arten aus der Gattung Ameiva, die wir nach dieser Problematik benannt haben. Mit dieser Namensgebung von Ameiva nodam, nach dem englischen „No Dam“ und Ameiva aggercusans, nach dem lateinischen Wort Agger für Staudamm und recusare für zurückweisen, wollten wir gegen diese Staudammprojekte protestieren. Das hat auch einige Publicity in Peru gebracht, ich habe da auch ein paar Interviews geführt und das hat schon geholfen, für dieses Thema ein bisschen mehr Aufmerksamkeit zu bekommen.

Hatte dieser Protest dann auch weitere Konsequenzen?

Naja, das mit den Echsen ist dann auch bis zu den Betreibern eines Staudammprojektes durchgedrungen. Die haben dann einige Tiere dieser Art eingefangen und sie an einer anderen Stelle ausgesetzt, um die Echsenart dadurch zu retten. Da wurde ich dann gefragt, was ich davon hal-

ten würde. Ich habe dann nur gefragt: Haben die denn vorher mal untersucht, welche Faktoren das sind, die diese Tiere in ihrem jetzigen Habitat brauchen, und ob diese Faktoren auch in dem neuen Lebensraum herrschen? Und ist auch untersucht worden, ob es nicht eine andere Art gibt, die diese ökologische Nische bereits an dem neuen Lebensraum besetzt? Das ist natürlich alles nicht gemacht worden. Naja, diese Aktion hat nun auch keinen größeren Schaden angerichtet, als der Bau des Staudamms, aber es war natürlich eine völlig sinnlose Aktion.

Momentan wird ja Südamerika vom Odebrecht-Korruptionsskandal erschüttert, und die meisten dieser Staudammprojekte gehen ja direkt von Brasilien und dieser Baufirma aus. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass erstmal bei diesen Bauprojekten eine Atempause eingelegt wird. Doch die Gefahr besteht ja weiterhin, dass diese Projekte realisiert werden. Was kann man denn machen, um den Marañón wirklich zu schützen?

Ja, da gibt es aktuell einige Anstrengungen, um den Marañón zu schützen. Einige peruanische Bekannte haben bei der Naturschutzbehörde einen Antrag gestellt, um ein Naturschutzgebiet im Marañón zu errichten. Bislang ist dieser inner-andine Teil des Trockenwaldes komplett nicht geschützt. Da sind einige peruanische Naturschutzorganisationen dabei, die dieses Projekt unterstützen wollen. Und dazu wollen die auch eine große Kampagne machen, um ein größeres Bewusstsein für dieses Problem unter der Bevölkerung zu schaffen.

Und das haben wir mit unserer Benennung von Tierarten ja auch versucht. Wir haben auch eine Geckoart nach Pachamama, dem Quechua-Wort für Mutter Erde, benannt. Das kennen ja alle Leute dort, und das ist ja auch unsere Hoffnung: Dass dadurch, dass wir den Namen einer Tierart der Mutter Erde widmen, sich die Leute stärker ins Gedächtnis rufen, auch die Erde und die Umwelt zu schützen.

// Interview: Thilo F. Papacek

SCHLECHTER DEAL

BOLIVIEN WILL MIT WASSERKRAFT ZUM STROMEXPORTEUR WERDEN – DIE ERFOLGSAUSSICHTEN DES PROJEKTS SIND GERING

Bolivians Staatsfinanzen sind abhängig vom Export von Erdgas nach Brasilien und Argentinien. Doch die Einnahmen sinken wegen des niedrigen Gaspreises. Die Regierung will mit dem Export von Strom die Finanzierungslücke schließen. Doch die Idee ist zum Scheitern verurteilt, findet der Aktivist Pablo Solón, wie er im Interview erklärt.

In kurzen Worten: Was sind die Projekte El Bala und Chepete?

Geplant ist der Bau von zwei großen Wasserkraftwerken im Flusslauf des Beni. Die Namen stammen von zwei Schluchten, durch die der Fluss verläuft. Das Kraftwerk von El Bala soll mit einer Kapazität von 3.300 MW mehr Energie erzeugen als Chepete, das mit 350 MW Kapazität deutlich kleiner ausfällt. Dafür würde bei Chepete der größere Stausee entstehen. Durch die Stauung soll der Wasserspiegel um mehr als 150 Meter angehoben werden. Dann würden 677 Quadratkilometer Fläche überflutet werden. Der Stausee von El Bala soll 94 Quadratkilometer überfluten, sodass insgesamt 771 Quadratkilometer überflutet werden würden. Der Stausee von Chepete, der entstehen würde, wäre der drittgrößte See des Landes, fünf Mal größer als die urbane Region von La Paz.

Alle diese Daten stammen aus der vorläufigen Umweltbilanz, die die italienische Firma Geodata im Auftrag der bolivianischen Regierung angefertigt hat. Nach den Berechnungen von Geodata müssen etwa 5.100 Menschen umgesiedelt werden. Teile des Sees werden auch den Nationalpark Madidi überfluten. Das Regenwaldgebiet gilt als eine Region mit der höchsten Biodiversität auf dem Planeten. Insbesondere für Säugetiere weist es die höchste Artenvielfalt weltweit auf. Er ist weltberühmt und ein wichtiger Touristenmagnet. Das Naturschutzgebiet wird sehr stark beeinträchtigt werden. In der vorläufigen Umweltbilanz sind keine Maßnahmen beschrieben, um die Auswirkungen des Kraftwerks auf die Biodiversität abzumildern.



Foto: Friends of the Earth International (CC BY-NC-ND 2.0)

PABLO SOLÓN

ist ehemaliger Diplomat und derzeit Direktor der Fundación Solón. Er ist Sohn des Künstlers und Gründers der Stiftung, Walter Solón Romero. Als sozialer Aktivist hat er mit den Organisationen von Kleinbäuer*innen, Minenarbeiter*innen und Indigenen zusammengearbeitet. Er war ein Freund des heutigen Präsidenten Boliviens, Evo Morales, der ihn 2006 bat, sich an seiner Regierung zu beteiligen. Von 2009 bis 2011 war er Botschafter Boliviens vor den Vereinten Nationen. Im Jahr 2011 legte Pablo Solón sein Amt nieder, da er die von der Regierung geplante Straße durch das Indigenenschutzgebiet und Nationalpark und das Isiboro-Secure (TIPNIS) ablehnte.

Kurz nach diesem Interview erklärte die bolivianische Regierung, dass sie eine Klage gegen Pablo Solón anstrengt. Sie wirft ihm vor, während seiner Zeit im diplomatischen Dienst sein Amt missbraucht zu haben. In Kreisen von Nichtregierungsorganisationen geht man davon aus, dass die Regierung versucht, seine Kritik an El Bala und Chepete zum Schweigen zu bringen. Sie können Pablo Solón auf der Homepage *Fokus on the Global South* eine Unterstützungsnachricht senden (englisch):

<http://bit.ly/2ucLvJM>



▲ **Regenwald in Gefahr** Der bedrohte Madidi Nationalpark weist eine große Artenvielfalt auf

Wie ist der aktuelle Stand der Planungen?

Derzeit fertigt die Firma Geodata ein endgültiges Projektdesign an. Auf dessen Grundlage sollen dann im kommenden Jahr die internationalen Ausschreibungen erfolgen. Für den Bau von Chepete werden sechs Jahre veranschlagt. Nach den Berechnungen der Regierung wären dann die Bauarbeiten im Jahr 2025 abgeschlossen.

Wofür soll die Energie der Kraftwerke verwendet werden?

Die Energie, die in El Bala und Chepete erzeugt werden soll, ist vor allem für den Export nach Brasilien bestimmt. Derzeit hat Bolivien insgesamt 1.900 MW Kapazität in allen Kraftwerken des Landes installiert. Das bedeutet, dass das Land nur mit den beiden Wasserkraftwerken Chepete und El Bala fast doppelt so viel Energie erzeugen kann, wie alle heutigen bolivianischen Kraftwerke zusammen. Es soll eine 1.300 Kilometer lange Hochspannungsleitung bis nach Cuiabá in Brasilien gebaut werden. Boliviens Regierung ist stark abhängig vom Export von Gas nach Argentinien und Brasilien. Die ganzen Sozialprogramme der MAS-Regierung hängen von diesen Einnahmen ab. Doch die Gasreserven schrumpfen und der Gaspreis ist gesunken. Der Export von Strom soll dafür Ersatz schaffen.

Erachten Sie dieses Modell des Exports von Strom nach Brasilien als sinnvoll?

Ich würde klar sagen: Nein. Bei einem so großen Projekt benötigt man vorab einen klaren Vertrag über die Abnahme der Energie, in dem die Strompreise über einen langen Zeitraum festgelegt sind. Doch so ein Vertrag zwischen Brasilien und Bo-

livien existiert nicht. Es wird zwar verhandelt, aber es gibt keinen Vertrag. Geodata rechnet in ihren Studien mit einer Laufzeit von 50 Jahren für die geplanten Kraftwerke. Dementsprechend müsste auch der Vertrag über den Kauf von Strom eine Laufzeit von 50 Jahren haben. Die italienische Firma hat ebenfalls berechnet, dass sich das Kraftwerk von Chepete nur dann lohne, wenn der Verkaufspreis für den Strom über diesen Zeitraum bei 70 US-Dollar pro Megawattstunde (\$/MWh) liegt. Damit sich El Bala lohnt, müsste der Preis noch höher liegen, über 80 \$/MWh. Derzeit liegt aber der Strompreis in Brasilien bei etwa 52 \$/MWh. Das bedeutet, dass das ganze Projekt darauf wettet, dass der Strompreis in Brasilien in den nächsten Jahren enorm steigt.

Dabei muss man berücksichtigen, dass Brasilien auch mehrere neue Kraftwerke am Tapajós plant...

Absolut! Und zudem wachsen auch die brasilianischen Investitionen in die Windenergie. Brasilien hat bereits 9.000 MW Kapazität in Windenergie installiert. Wir gehen davon aus, dass bis zur Fertigstellung von Chepete und El Bala Brasilien diese Menge verdoppeln wird. Das wird den Strompreis in Brasilien eher senken als erhöhen. Nach unserer Meinung ist dieses ganze Projekt deshalb ökonomisch völlig unsinnig.

Warum wird das Projekt dennoch weiter verfolgt?

Bei der Lizenzvergabe an solche Großprojekte bestehen große Probleme. Nach den bolivianischen Gesetzen muss die Partei, die ein Projekt beantragt, auch die Umweltverträglichkeitsstu-



Foto: Fundación Solón

▲ **Lokale Bevölkerung wird nicht befragt** Versammlung einer indigenen Gemeinde zu den Projekten

die anfertigen. In diesem Fall sieht es so aus, dass die staatliche bolivianische Elektrizitätsgesellschaft ENDE die Firma Geodata beauftragt, eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) anzufertigen. Und über diese UVP entscheidet dann wieder das Umweltministerium, das auch von der Regierung kontrolliert wird. Es gibt also keine wirklich unparteiische Prüfung der zu erwartenden Umweltfolgen.

Im Zusammenhang mit solchen Großprojekten gibt es ja oft auch Korruption. Das brasilianische Bauunternehmen Odebrecht soll zum Beispiel in ganz Lateinamerika Politiker*innen bestochen haben, damit es den Zuschlag für große Bauvorhaben, darunter viele Wasserkraftwerke, bekommt. Einige Analyst*innen und Aktivist*innen vermuten, dass etliche umstrittene Infrastrukturprojekte nur gebaut wurden, weil die entscheidenden Politiker*innen bestochen wurden. Das eigentliche Geschäft sei nur der Bau dieser Projekte, die Bauwerke selbst seien dagegen sinnlos. Denken Sie, dass die Korruption bei diesem Fall auch eine solche Rolle spielen könnte?

Es gibt keine eindeutigen Beweise für Korruption. Aber es wirft natürlich schon einigen Zweifel auf, dass die Vorstudien für dieses Projekt massive Probleme offenbaren, und die Politik dennoch am Projekt festhält. Wenn man diesen Vorbericht liest, denkt man, dass die Entscheidung einfach sein sollte: Das funktioniert nicht, das wird sich ökonomisch nicht rentieren. Dennoch hat die Regierung die Firma Geodata nun für 11 Millionen US-Dollar beauftragt, ein endgültiges Projektdesign zu entwerfen. Und Geodata akzeptiert den Auftrag natürlich, obwohl sie selbst in den Vorstudien zeigt, dass das Projekt Unsinn ist. Doch die Regierung ignoriert diese

offensichtlichen Probleme. Und das ist schon bemerkenswert, denn es geht hier um die größte öffentliche Investition in der Geschichte Boliviens, um mehr als sechs Milliarden US-Dollar. Nur mit diesem Projekt würden sich die öffentlichen Schulden Boliviens verdoppeln.

Was werden denn die Folgen für die lokale Bevölkerung sein, wenn das Projekt umgesetzt wird?

In dieser Region leben etliche verschiedene indigene Gemeinden. Teilweise müssten die Gemeinden umgesiedelt werden. Durch den Bau würde ihr indigenes Territorium überflutet werden. Unser Staat ist offiziell ein Plurinationaler Staat, diese indigenen Territorien werden also eigentlich als souverän von der bolivianischen Verfassung anerkannt. Doch es handelt sich um sehr kleine Gemeinden, die sich auf der politischen Bühne schwer behaupten können.

Das steht dann im Gegensatz zur Idee des Plurinationalen Staats...

Genau, deshalb sagen wir, dass es sich um ein verfassungswidriges Projekt handelt. Denn die Verfassung erkennt diese Territorien, so wie sie sind, an. Für jede Änderung der indigenen Territorien sieht die Verfassung vor, dass eine vorherige, freie und informierte Zustimmung von Seiten der betroffenen Indigenen kommen muss. So sieht das die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation vor.

Gab es denn eine vorherige Konsultation der indigenen Bevölkerung?

Nein, die gab es nicht. Zwischen 2015 und 2016 hat Geodata die Untersuchungen durchgeführt, um den Ort für die Dämme zu bestimmen. Während dieser Zeit wurden die dort lebenden Indi-

genen weder informiert noch befragt, ob sie mit den Plänen einverstanden sind.

Gab es auch Reaktionen der indigenen Bevölkerung?

Ja, einige indigene Gemeinden haben im November 2016 die Wege auf dem Fluss blockiert, um die geologischen Untersuchungen von Geodata zu blockieren. Elf Tage haben sie diese Blockade aufrecht erhalten. Niemand konnte den Fluss hoch oder runter fahren, und Straßen gibt es dort nicht. Danach haben sich die Leute, die von Geodata angestellt worden waren, zurückgezogen. Das bedeutet, die geologischen Studien sind nicht beendet worden. Wie soll also nun das endgültige Projektdesign fertiggestellt werden?

Wie gehen die Projektbefürworter*innen mit dem Widerstand um?

Geodata hat von der Regierung auch den Auftrag erhalten, zu den verschiedenen indigenen Gemeinden zu fahren und sie zu informieren. Aber das sind keine freien und informierten Konsultationen im Sinne der ILO 169: Die Leute von Geodata führen dort Präsentationen durch, aber die Gemeindemitglieder haben keine Möglichkeit, darüber zu beraten oder Widerspruch einzulegen. Doch die Angestellten von Geodata dokumentieren solche Präsentationen und stellen es so dar, als hätten die Gemeinden zugestimmt. Dabei vermeiden die Leute von Geodata auch die Gemeinden, in denen es viel Opposition gegen das Projekt gibt. Die indigene Bevölkerung in dieser Region lebt sehr verstreut, in den meisten Orten gibt es vielleicht vier bis fünf Haushalte, höchstens fünfzig. Und die Leute von Geodata suchen gezielt die kleineren und meist schlechter informierten Gemeinden auf, um ihre Präsentationen abzuhalten. Meist sind es dann auch Gemeinden, die weiter weg liegen und nicht so stark vom Projekt

betroffen sein werden. Dadurch soll der Anschein erweckt werden, als sei die Mehrheit der indigenen Bevölkerung für das Projekt. Das alles ist sehr komplex und es ist schwierig, solche Manipulationen genau nachzuweisen.

Es gibt sehr viele ähnliche Fälle in ganz Lateinamerika. Die Projektbetreiber versuchen die lokale Bevölkerung zu spalten, um so eine Zustimmung für das Projekt zu bekommen.

Genau so gehen die Leute von Geodata vor. Es gibt mehrere Klagen diesbezüglich. Da tauchen auf einmal Anführer von indigenen Gemeinden auf, die von anderen in der Gemeinde nicht anerkannt werden, Korruption spielt da eine große Rolle. Da wird den Gemeinden gesagt: Wenn ihr dem Projekt zustimmt, dann bekommt ihr eine Straße oder eine Gesundheitsstation oder ähnliches.

Reden wir über die Alternativen zu diesem Projekt. Was wäre denn Ihrer Meinung nach eine sinnvollere Energiequelle für Bolivien?

Wenn man sich die Kosten pro Megawatt für Chelope und El Bala ansieht, dann sind sie so hoch wie die Kosten pro Megawatt für Solarzellen. Und die Kosten pro Megawatt für Solarenergie werden voraussichtlich noch sinken. Mit der Solarenergie würde man auch deutlich weniger Umwelt- und Sozialschäden verursachen. Auf dem bolivianischen Hochland gibt es sehr intensive Sonneneinstrahlung, es ist ein ideales Gebiet für Sonnenenergie. Dadurch könnte man die Abhängigkeit der bolivianischen Stromversorgung vom Gas beenden. Aber auch bei der Solarenergie glauben wir, dass das Exportmodell nicht funktioniert, denn die Nachbarstaaten investieren immer mehr in Solarenergie. Es wird keinen Markt für elektrische Energie aus Bolivien geben.

// Interview: Thilo F. Papacek

// Übersetzung: Fabian Grieger

DIE FUNDACIÓN SOLÓN

ist eine Stiftung, die vom Künstler Vater Walter Solón Romero 1994 gegründet worden ist. Der Künstler Walter Solón Romero (1923-1999) ist mit seinen sozialkritischen Wandbildern berühmt geworden, die er nach der Revolution von 1952 an verschiedenen Gebäuden in La Paz angefertigt hat. Die Stiftung besaß immer zwei Abteilungen: Eine zur Förderung von Kunst und Künstler*innen und eine, zur Förderung von sozialkritischer Forschung und Aktivismus. Die Stiftung unterstützte den Kampf gegen die Wasserprivatisierung in Bolivien 1999 und beschäftigt sich mit den Folgen des Klimawandels und Energiegerechtigkeit in Bolivien. Die Stiftung hat ihren Sitz in La Paz. www.fundacionsolon.org

STAUDAMM, SCHIENE, SCHNITZEL

WIE STAUDÄMME UND WASSERSTRASSEN AM TAPAJÓS MIT BERGBAU UND SOJA IN MATO GROSSO UND DEM BILLIGEN DEUTSCHEN SCHNITZEL ZUSAMMENHÄNGEN

▼ **Frauenpower** Munduruku-Frauen protestieren in Brasília gegen die Staudämme am Tapajós



Die von Politik und Unternehmen geplanten Staudämme am Tapajós-Fluss in Amazonien sollen Strom erzeugen, aber auch die Wasserstände der dortigen Flüsse regulieren, so dass diese durchgehend schiffbar werden. Diese Vorhaben bedrohen das Überleben der Wälder und Flüsse Amazoniens. Doch auch das hiesige Konsumverhalten und deutsche Schweinemastanlagen stehen mit der drohenden Zerstörung im Zusammenhang.

Den indigenen Munduruku ist schon früh klar geworden, dass der Politik nicht zu trauen ist. Zu oft hatten Regierungsbeamte ihr Wort gebrochen. So nahmen sie stattdessen die Dinge lieber selbst in die Hand. Die Munduruku begannen im Oktober 2014, Fakten zu schaffen: Sie fingen an, die Sawré Muybu – so bezeichnen sie das Gebiet, das sie bewohnen – selbst als indigenes Territorium zu demarkieren, um es zu schützen. Die Gefahr, die dem Sawré Muybu droht, ist die Zerstörung durch Staudämme. Wie schon so viele andere indigene Territorien in Amazonien soll es für ein Wasserkraftwerk überflutet werden. Denn Amazonien stand und steht im Fokus des Interesses, Staudämme zu errichten. Staatlichen Berechnungen zufolge hat Brasilien ein Gesamtpotenzial für Wasserkraft in Höhe von 260.000 MW Kapazität, von denen 40,5 Prozent allein in Amazonien liegen. Im Mai 2016 sind die ersten Turbinen des größten Wasserkraftwerks in Amazoniens, Belo Monte am Xingu-Fluss, in Betrieb genommen worden, bis 2019 soll es fertiggestellt werden. Nun will Brasília die weiter westlich gelegene Region von Pará in Angriff nehmen. Im Visier der Wasserkraft steht dabei das Flussbecken des Tapajós. An den beiden Quellflüssen, Teles Pires und Juruena, aus deren Zusammenfluss sich der Tapajós bildet, sowie an all deren kleineren Zuflüssen, sollen Wasserkraftwerke entstehen. Für das Tapajós-Becken sind insgesamt 43 große Staudämme sowie über 70 kleine Wasserkraftwerke (unter 30 MW) geplant. Der größte der geplanten Staudämme im Tapajós-Becken ist der São Luiz do Tapajós-Damm mit über 8 GW Kapazität. Mit geplanten Kosten von etwa zehn Milliarden Euro wäre der Damm am Tapajós fast ebenso teuer wie der Belo-Monte-Staudamm. Zwischen 2011 und 2016 wurde die Planung des São Luiz do Tapajós-Damm von der Regierung in Brasília massiv vorangetrieben. Doch es gab Widerstand, insbesondere von den Indigenen der Munduruku.

„Die Regierung und die FUNAI sind nie hierhergekommen, um über die Demarkation unseres Territoriums, über Gesundheit oder Bildung zu reden. Sie kommen hier nur her, um über Staudämme zu reden“, erklärte 2011 Floriano Munduruku, in seiner Aussage gegenüber der Bundesstaatsanwaltschaft in Pará. Das machte die indigenen Munduruku so wütend, dass sie mehrmals von Brasília entsandte Anthropolog*innen, Biolog*innen und Feldvermesser*innen festsetzten und nur gegen die Zusage, die Staudammpläne *ad acta* zu legen, wieder freiließen. Doch die Pläne gingen immer weiter. „Für uns Indigene Völker gibt es keine Kompensation, um uns für den Verlust unserer Kultur und unserer traditionell indigenen Lebensweise zu entschädigen. Die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder steht auf dem Spiel“, erklärten 2016 die indigenen Gruppen der Xerente, Apinajé, Krahô, Kayabi und Juruna in einer gemeinsam Erklärungs.

Um ihre Zukunft zu schützen, fingen die Munduruku an, selbst ihr Territorium zu demarkieren. Sie begannen, Daten darüber zu erheben, welche Gebiete in welcher Form von den Indigenen genutzt werden. Dies war keine einfache Aufgabe, denn die Population der über 10.000 Munduruku lebt zerstreut in zahlreichen kleinen Gruppen.

Mit dieser Selbst-Demarkierung ihres Territoriums solidarisierten sich viele zivilgesellschaftliche Gruppen im In- und Ausland. Dieser

.....

Nach Belo Monte will Brasília das Tapajós-Flussbecken in Angriff nehmen.

.....

massive öffentliche Druck bewog die brasilianischen Behörden, erst einmal einzulernen. Im April 2015 entschloss sich die Umweltbehörde Ibama dazu, die Umweltverträglichkeitsprüfungen für den Staudamm São Luiz do Tapajós neu zu überarbeiten: ein schwerer Schlag für die Staudammbefürworter*innen.

Doch die weltweite Solidaritätsarbeit für die Menschen am Tapajós nahm nicht ab. Im Frühjahr 2016 unterstützte das deutsche Hilfswerk Misereor in ihrer Fastenaktion die Flussanwohner*innen, Kleinbäuer*innen und Munduruku am Tapajós zwischen den Orten Itaituba und Jacareacanga. Eine entsprechende Petition, die die



▲ **Bedrohtes Idyll** Am Tapajós sind 43 Staudämme und 70 kleine Wasserkraftwerke geplant

Wahrung der Rechte der Bevölkerung am Tapajós einforderte, wurde von über 50.000 Menschen unterschrieben. Verschiedene internationale Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace gaben den Munduruku technische Unterstützung bei der Selbstdemarkation der Sawré Muybu als Indigenes Territorium. Mitte 2016 war der Prozess abgeschlossen: Die

.....

Brasília ging es mit den Staudämmen in der Tapajós-Region nie nur um Energieproduktion.

.....

Munduruku bauten die offiziellen Schilder zur Außenkennzeichnung Indigener Territorien – wie sie normalerweise die Indigenenbehörde FUNAI produziert – einfach nach. Öffentlichkeitswirksam hängten sie diese an den Außengrenzen von Sawré Muybu auf. Die Bilder von der Aktion gingen um die Welt.

Und dann kam es im August 2016 zur Überraschung vieler zu einem wichtigen Etappensieg für die Indigenen und die Flussanwohner*innen der Region: Die Umweltbehörde IBAMA stoppte

das ganze Genehmigungsverfahren für den Staudamm São Luiz do Tapajós. Doch die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass solche Pläne jederzeit wieder aus den Schubladen der Behörden hervorgeholt werden können.

Zudem ging es Brasília in der Tapajós-Region nie nur um Energieproduktion. Mit den Staudämmen sollen auch Transportwege ausgebaut werden: Sie sollen dazu beitragen, den Flusslauf zu regulieren und ihn so schiffbar zu machen. Dadurch sollen Wasserstraßenrouten für den Transport von Rohstoffen aus dem Bundesstaat Mato Grosso geschaffen werden. Die Staumauern würden dafür sorgen, dass Stromschnellen überflutet werden. Vier Schleusen sollen am Tapajós entstehen, sechs am Teles Pires. Dann können auch größere Schiffe diese Regionen erreichen. Dazu sollen die Häfen in Santarém, Miratuba, Itaituba, Santana und Barcarena ausgebaut werden. So würden die Infrastrukturprojekte nicht nur Energie liefern, sondern auch den kostengünstigen Transport von Rohstoffen bis an den Atlantik ermöglichen. Dabei geht es um den Transport von mineralischen Bodenschätzen und Agrarrohstoffen wie Soja, Mais und

Weizen. Die ganze Region soll an den Weltmarkt angeschlossen und für die expandierenden Bergbau- und Agrarindustrien massiv erschlossen werden.

In Mato Grosso wurden erst Anfang der 2010er Jahre Vorkommen mit 450 Millionen Tonnen Phosphat sowie elf Milliarden Tonnen Eisenerz entdeckt. Brasília will diese Erze unter anderem über die schiffbar zu machenden Flüsse des Tapajós-Beckens transportieren lassen. Eine andere Möglichkeit wäre der Bau einer Eisenbahn. „Ferrogrão“ – „Eisengetreide“ heißt einer der geplanten Süd-Nord-Bahnkorridore von Sinop in Mato Grosso nach Miritituba in Pará am Tapajós. Von dem dortigen Hafen aus können die Rohstoffe dann über den Amazonas bis zum Atlantik gebracht werden. „Ferrogrão“ soll den Planer*innen zufolge dem Transport von Soja und Getreide aus Mato Grosso dienen, aber auch für Erzzüge nutzbar sein. Weitere Pläne sehen den Bau einer Ost-West-Bahntrasse vor: Zu diesen Plänen zählt auch die Idee der sogenannten bi-ozeanischen Eisenbahntrasse zwischen dem brasilianischen Hafen Santos in São Paulo und dem peruanischen Pazifikhafen Ilo. Dieses „Jahrhundertprojekt“, an dem sich auch Deutschland beteiligen will, soll Zentralbrasilien

und Bolivien mit Häfen am Atlantik und Pazifik verbinden und dadurch an die Märkte in Europa und Asien anschließen.

Für die Bergbaukonzerne gibt es zur Schiffbarmachung von Flüssen oder zum Bau von Bahntrassen keine Alternativen: Erze und deren Derivate lassen sich nicht kostengünstig auf LKW über hunderte von Kilometer transportieren. Aber auch aus Sicht der Soja-Farmer*innen aus Mato Grosso spricht vieles für den Bau des „Ferrogrão“ und der Wasserstraßen.

Bislang ist die Boomregion für Sojaanbau im Bundesstaat Mato Grosso nur über LKW an den Weltmarkt angeschlossen. Über die insgesamt 3.467 Kilometer lange Bundesstraße BR 163 konnten die Sojafarmer*innen ihre Produkte entweder in Richtung Norden nach Miritituba und Santarém oder in Richtung Süden zum Hafen von Santos verschicken. Die Farmer*innen in Mato Grosso beklagen immer wieder die hohen Kosten der mehrtägigen LKW-Fahrten auf der BR-163 gen Südosten. Zudem komme es oft zu Staus bei der Entladung des Sojas in den Häfen von Santos oder Paranaguá: Die Atlantikhäfen sind häufig völlig ausgelastet, denn dort wird auch das Soja aus Südbrasilien und Paraguay ausgeschifft. Manchmal stehen die LKW

▼ „Die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel“ Mundurukus sehen ihre Lebensgrundlage in Gefahr



Foto: Alex Carvalho (CCBY-SA2.0)

Foto: Ruvi Sposati (CCBY-SA2.0)

und Fahrer*innen mehrere Wochen still.

Auch die BR-163 nach Norden sei immer viel befahren, klagen die Farmer*innen aus Mato Grosso. Die derzeitigen Kapazitäten des Hafens Mirituba seien nahezu ausgeschöpft. Deshalb befürworten sie auch die Pläne, die Soja-Terminals an den Häfen am Amazonas massiv auszubauen: Die Kapazität des Hafens von Santarém bei der Tapajós-Mündung in den Amazonas soll im kommenden Jahrzehnt von derzeit 1,8 auf 8 Millionen Tonnen Soja pro Jahr ausgebaut werden. Im Hafen Porto Velho am Rio Madeira sind Ausbauten von 4 auf 7 Millionen Tonnen pro Jahr und in Miritituba am Tapajós von derzeit 3,5 auf 32 Millionen Tonnen pro Jahr geplant. Sollten die Wasserstraßenprojekte im Tapajós-Becken in dieser Form realisiert werden, erwarten die Soja-Farmer*innen eine Kostenersparnis von satten 41 Prozent beim Transport ihrer Produkte. Bislang, so klagen Soja-Farmer*innen in Mato Grosso, hätten sie viermal höhere Logistikkosten pro Tonne Soja als ihre Konkurrenten im Mittleren Westen der USA. Die geplanten Infrastrukturprojekte am Tapajós würden die Logistikkosten enorm senken und den Anbau von Soja im großen Stil in Regionen lohnenswert machen, die bislang von der Expansion der Agrarindustrie verschont geblieben waren.

Die sozialen und ökologischen Folgen dieser Infrastrukturprojekte wären enorm. Márcio Santilli vom Instituto Socioambiental (ISA) spricht angesichts dieses Amazonien durchziehenden Netzes von Straßen vom „zerhackten Amazonien“. Die Verkehrswege würden große zusammenhängende Teile Amazoniens, die noch bewaldet sind, zerteilen. Dabei gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Entwaldung und Verkehrswegen: 80 Prozent aller Rodungen in Amazonien erfolgen innerhalb eines 30 Kilometer breiten Streifens entlang asphaltierter Straßen.

Brasilien ist schon heute Soja-Exportweltmeister – mit allen sozialen und ökologischen Folgen, die dieses Modell vor Ort erzeugt. So ist Brasilien auch Weltmeister im Pestizidverbrauch und in der Auslaugung der Böden; die Landpreise steigen, Konflikte um Land nehmen zu. Die kleinbäuerliche Bevölkerung wird dagegen immer mehr marginalisiert. Doch die brasilianische Politik fördert weiter die Expansion der Agrarindustrie, denn sie ist der größte Devisenbringer. Soja brachte im Jahr 2015 einen Expor-

terlös von 28 Milliarden US-Dollar, Produkte aus Soja stehen allein für 14,6 Prozent der brasilianischen Exporte. In der Erntesaison 2015–2016 wurden in Brasilien insgesamt 95 Millionen Tonnen Soja auf 33,9 Millionen Hektar geerntet. Das brasilianische Landwirtschaftsministerium will diesen Trend noch mehr befeuern. Landwirtschaftsminister ist derzeit Blairo Maggi, der selbst Farmer aus Mato Grosso ist und eine zeitlang als der größte individuelle Sojaproduzent der Welt galt. Nach Plänen aus seinem Ministerium soll die Produktion von Soja, Weizen und Mais von 185 Millionen Tonnen auf bis zu 274,8 Millionen Tonnen im Jahr 2022 ansteigen. Dabei soll der Heimatstaat von Maggi, Mato Grosso, die Hauptrolle spielen. Geplant ist, den Anteil Mato Grossos an der brasilianischen Jahresproduktion von Soja von 29,2 Prozent im Jahr 2012 auf 40 Prozent bis 2022 zu erhöhen.

Soja hat in den letzten Jahren Eisenerz und andere mineralische Rohstoffe als Brasiliens wichtigstes Exportprodukt abgelöst. Dies liegt auch daran, dass in Folge der Finanzkrise die Weltmarktpreise für Erze stärker gefallen waren, als die für Soja. Wichtigste Zielländer des brasilianischen Sojas sind China und Europa. China importiert vor allem ganze Sojabohnen. Im Jahr 2015 importierte China 41 Millionen Tonnen ganze Sojabohnen aus Brasilien, das sind 75 Prozent des Gesamtexports von ganzen Bohnen. Die Europäische Union dagegen ist Spitzenreiter beim Import von Sojamehl. Ebenfalls im Jahr 2015 importierte die EU 8,3 Millionen Tonnen oder 56,3 Prozent der gesamten brasilianischen Exporte von Sojamehl.

Sojamehl wird vor allem in der Tierfütterung eingesetzt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2015 gab es allein in Deutschland 39,6 Millionen Legehennen, 27,5 Millionen Schweine, 12,6 Millionen Rinder und 1,6 Millionen Schafe. Demnach wird in Europa jedes vierte Schwein in Deutschland geschlachtet. Und Deutschlands Nutztiere fressen jährlich insgesamt 82 Millionen Tonnen Futter, wie der Deutsche Verband Tiernahrung angibt. Die Nutztiere brauchen insbesondere verdauliches Rohprotein, so der Verband, 8,37 Millionen Tonnen pro Jahr. 22,2 Prozent dieses verdaulichen Rohproteins, das verfüttert wird, importieren die deutschen Futterproduzenten. Durchschnittlich 13 Prozent Soja wird in das deutsche Mischfutter eingemischt, damit deckt es aber rund 35 Prozent des Bedarfs an verdaulichem Rohprotein



Foto: Paygomuyatpu Mundurucu (CCBY-SA2.0)

▲ **Kein Vertrauen in die Politik** Indigene demarkieren ihr Territorium seit 2014 selbst, um es zu schützen

ab, erklärt der Deutsche Verband Tiernahrung. Der hohe Fleischverbrauch in Deutschland kurbelt also direkt die Expansion der Agrarindustrie in Brasilien an. Die fortschreitende Zerstörung des Amazonasregenwalds hat unmittelbar mit dem billigen Schnitzel in Deutschland zu tun.

Die Kritik an den hohen sozialen und ökologischen Kosten in den Soja-Anbauländern, die auch hierzulande geäußert wird, ist an der deutschen Masttierwirtschaft nicht komplett vorbeigegangen. Aus Budapest kam ein Vorschlag wie die europäischen Eiweißimporte zu verringern wären. Dort kamen Vertreter*innen der Agrarressorts Ungarns, der Slowakei, Moldawiens, der Republika Srpska und Nordrhein-Westfalens im Rahmen des „Donau Soja“-Kongresses zusammen und verkündeten die Absicht, bis 2025 den europäischen Bedarf an Futtermittelweiß zur Hälfte aus heimischen Sojabohnen und anderen Leguminosen zu decken.

Ideal für diese geplante Expansion der Sojaproduktion in Europa seien die fruchtbaren Schwarzerdeböden Rumäniens, erklärten internationale Agrarinvestor*innen auf dem „Donau

Soja“-Kongress. Dies aber lässt bei vielen Aktivist*innen die Alarmglocken schrillen: In Rumänien gibt es vier Millionen Kleinbäuer*innen. Über 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Rumänien bewirtschaften weniger als einen Hektar. Obwohl Rumänien nur 7,6 Prozent der in der EU landwirtschaftlich genutzten Fläche hat, befinden sich dort 31,5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe der gesamten EU. Und die Agrarinvestor*innen stehen schon Schlange, um sich die Schwarzerdeböden anzueignen. Zwischen 2002 und 2012 sind die Bodenpreise für landwirtschaftliche Flächen in Rumänien im Durchschnitt um 38 Prozent jährlich gestiegen – der höchste Wert in ganz Europa. So droht die letzte Region Europas, in der es noch eine eigenständige, kleinbäuerliche Ernährungssouveränität gibt, unter die Räder der Agrarindustrie zu geraten. Der Proteinhunger der europäischen Masttieranstalten hat seinen gewichtigen Anteil daran, um das Schnitzel weiterhin so billig anbieten zu können.

// **Christian Russau**

„DIESES ENTWICKLUNGSMODELL VERURSACHT SOZIALE GEWALT!“

MIT DEM ENDE DER BAUARBEITEN AM KRAFTWERK BELO MONTE NEHMEN ARBEITSLOSIGKEIT, DROGENKRIMINALITÄT UND ZWANGSPROSTITUTION IN ALTAMIRA ZU



▲ Der Belo Monte-Staudamm Das geflutete Reservoir

Der Bau des Wasserkraftwerks Belo Monte in Altamira im brasilianischen Bundesstaat Pará hat enorme Migrationsbewegungen verursacht. Etwa 15.680 Arbeiter*innen sind in die Region gekommen, von denen nun, nach Ende des Großteils der Baumaßnahmen, viele arbeitslos sind. In diesem Interview spricht Assis Oliveira, Dozent an der Universidade Federal do Pará – UFPA, über die Ergebnisse seiner Recherche zu den Folgen dieser Migration: Zunahme der sexuellen Gewalt und des Drogenhandels in Altamira, Anstieg der Arbeitslosigkeit und der informellen Arbeit. Das Interview wurde freundlicherweise von der Internetzeitschrift des Instituts für Humanwissenschaften der Universität Vale do Río Sinos bereitgestellt.

Wie ist die soziale, wirtschaftliche und ökologische Lage in Altamira heute, nach dem Bau von Belo Monte? Wie hat sich die Stadt durch diesen Bau verändert?

Assis Oliveira: Um ein differenziertes Bild über die Entwicklung der Lebensbedingungen in dieser Stadt zu bekommen, muss man die halbfer-tigen Hinterlassenschaften von Belo Monte untersuchen. Dabei geht es vor allem um die unzureichend erfüllten Anforderungen, die explizit in der Baugenehmigung für das Kraftwerk festgelegt worden waren, aber auch um grundsätzliche Probleme, wie fehlende Kanalisation und Krankenhäuser. Manche Maßnahmen, die als Auflage in der Baugenehmigung von der Betreiber-gesellschaft Norte Energia verlangt wor-

den waren, sind unsachgemäß durchgeführt worden – dabei geht es um Maßnahmen für die indigene Bevölkerung oder die Umsiedlung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung. Zudem ist die Region zwei Migrationsbewegungen ausgesetzt, die sich auch miteinander verflechten: Einerseits die Umsiedlung der Familien aus den Gebieten, die von der Räumung des Staubeckens ab Mitte 2014 betroffen waren, und zum Anderen die Migration der Bevölkerung, die direkt an den Bauarbeiten beteiligt war. Den Daten des Baukonsortiums Belo Monte CCBM zufolge sind zwischen Oktober 2015 und April 2016, nach Abschluss der intensiven Bauphase, 15.680 Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen worden. Diese zwei Migrationsprozesse haben einen tiefen und problematischen Einfluss auf die sozialen Beziehungen, die Einkommensmöglichkeiten und den Wirtschaftsumsatz in der Region ausgeübt, die sich insbesondere auf die soziale Gewalt auswirken.

Nach Angaben der Datenbank des Gesundheitssystems Brasiliens Datasus fanden im Jahr 2000 acht Morde in Altamira statt, im Jahr 2015 hat sich diese Anzahl auf 135 gesteigert. Ebenso hat Altamira im Bericht zur Jugendanfälligkeit für Gewalt im Jahr 2015 als drittschlechteste unter allen Städten Brasiliens mit über 100.000 Einwohnern abgeschnitten. Was sind die Ursachen für diesen Anstieg der Gewalt?

Es gibt eine Anzahl offizieller Daten, die eine wachsende Tendenz zu sozialer Gewalt innerhalb der Stadt in den letzten sechs Jahren zeigen. Bei sozialer Gewalt meine ich nicht nur Mord – die extremste Gewaltform –, sondern viele andere Formen, wie die Gewalt gegen Frauen, sexuelle Gewalt, Diebstahl, Raub, Drogenhandel. Diese Daten müssen jedoch mit den strukturellen Ursachen und Folgen dieser Gewaltformen analysiert werden.

Ich sehe zwei Hauptursachen: Erstens fehlte jede Vorbereitung der Region und der öffentlichen Politik auf ein Projekt solchen Ausmaßes und zweitens gab es kein Konzept für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit unter den gegebenen sozio-ökologischen Bedingungen.

Beginnen wir mit der zweiten Ursache. Für mich wiegt die Tatsache schwer, dass die öffentliche Sicherheit bei der Erteilung der Baugenehmigung nicht berücksichtigt wurde. Später wurde nachjustiert, und die Betreibergesellschaft Norte Energia sollte über einen 2011 mit der Regierung



▲ **Übertragungsleitung** Der Strom geht woanders hin

von Pará geschlossenen Kooperationsvertrag 110 Millionen Real zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in Altamira beitragen. Doch fast die Hälfte dieses Geldes, 45 Millionen Real, wurde für einen neuen Polizeihubschrauber ausgegeben. Die vorbeugenden und investigativen Tätigkeiten der Polizei wurden dagegen vernachlässigt. Es wurde kaum in die sogenannte Gemeindepolizei investiert oder Geld für bessere Polizeiahörgeräte, die für eine effektivere Arbeit der Polizei wichtig sind, bereitgestellt. Ein anderer Punkt zur öffentlichen Sicherheit, der auch die Polizei betrifft, ist, dass an vielen Morden – insbesondere diejenigen, die mit Drogenhandel zu tun haben – organisierte Milizen beteiligt waren. Und diese Milizen zählen wahrscheinlich etliche Polizisten zu ihren Mitgliedern. Diese Verbrechen sollten schneller und besser untersucht und bestraft werden.

Nun zur ersten Ursache: Wenn man die lokale Bevölkerung über die Phasen des Kraftwerksbaus betrachtet, merkt man, dass die soziale Ungleichheit und die Umsiedlung der vom Bau betroffenen Bevölkerung die soziale Gewalt beschleunigt haben. Diese Ungleichheit wurde während des Baus zunächst aber dadurch verschleiert, dass große Mengen an Geld in der Stadt flossen, was sich in erhöhten Lebenshaltungskosten und in einer Zunahme der Gewalt spiegelte. Das Einkommen wurde stark konzentriert, ohne dass es irgendwelche Maßnahmen gab, um die sozialen Folgen abzufedern.

Als dann innerhalb weniger Monate über 15.000 Menschen vom Baukonsortium entlassen wurden, sanken mit einem Schlag die Steuereinnahmen und der Geldverkehr. Dadurch verschwanden viele weitere Arbeitsplätze. Deshalb haben sich die Lebensbedingungen in Altamira ständig verschlechtert. Dazu kommt noch die wirtschaftliche und politische Krise in Brasilien. Hauptursache war aber das Fehlen eines Nachhaltigkeitskonzepts für Altamira nach der Bauphase.

Obendrein verletzt Norte Energia Auflagen, die in der Baugenehmigung zugesichert wurden, wie die Bereitstellung eines neuen Abwassersystems für Altamira seit der ersten Bauphase, was immer noch nicht zufriedenstellend realisiert wurde. Auch eine Gewinnbeteiligung aus dem Kraftwerkbetrieb sowie eine Aufstockung eines Fonds zur nachhaltigen Entwicklung der Region durch Norte Energia muss bis heute durch die Gemeinde erstritten werden.

Wie reagiert die Bevölkerung von Altamira auf die erhöhte Mordrate und die verschärfte Gewalt?

Was die Gewalt der letzten Jahre betrifft, gab es mehrere Aktionen der Zivilgesellschaft – etwa öffentliche Sitzungen, Demonstrationen, Briefaktionen. Diese Aktionen hatten zum Ziel, nicht nur auf die Gewalt hinzuweisen, sondern sie verlangten auch, dass die Politik darauf angemessen reagiert. Insbesondere verlangten die Aktionen der Zivilgesellschaft, dass der Umweltplan für das Wasserkraftwerk Belo Monte grundlegend verändert wird, und dass die Sozialprojekte angepasst werden, die vom Programm zur nachhaltigen Entwicklung der Region Xingu finanziert werden.

Als Dozent und Aktivist habe ich mich vor allem bei den Plänen zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt und für Kinder- und Jugendrechte engagiert. Der Stadtausschuss zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, die Analysen und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft, all das hat sicherlich dazu beigetragen, wie über das Entwicklungspotential einer Region allgemein durch den Bau von Großbauprojekten geredet wird. Dieses Entwicklungsmodell, dass vom Staat und Unternehmen propagiert wird, reproduziert und verursacht soziale Gewalt! Diese Debatte haben wir nicht nur auf regionaler, sondern auch auf nationaler Ebene entscheidend beeinflusst.

Viele sehen neben der vom Belo-Monte-Bau verursachten Bevölkerungszunahme, in der Zunahme des Drogenhandels und -konsum eine wichtige Ursache für die Zunahme der Mordrate. Welche Rolle spielen die Drogen und der Drogenhandel bei den Mordfällen und bei der urbanen Gewalt?

Vor allem nach der Umsiedlung der Bevölkerung aus der vom Bau des Kraftwerks betroffenen Gebiete wurden auch viele der mit Drogen handelnden Menschen umgesiedelt. Dadurch wurde die räumliche Ordnung des Drogenhandels in der Stadt verändert, und seine Neuordnung ging mit vielen Morden und Gewalt einher.

In meiner Forschung zur sexuellen Gewalt in Altamira habe ich obendrein feststellen müssen, dass die Zwangsprostitution immer mehr mit dem Drogenhandel verbunden wurde, und an beiden Aktivitäten sind korrupte Behörden beteiligt, die die kriminellen Organisationen schützen.

Die Stadt Altamira hat während des Baus des Kraftwerks Belo Monte einen Boom auf dem Arbeitsmarkt erlebt. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Krise und der Erhöhung der Arbeitslosenquote, wie sieht die Beschäftigungssituation in der Stadt aus?

Die Situation ist sehr schwierig. Nicht nur die Arbeitslosenquote ist gestiegen, es gibt auch mehr informelle Beschäftigungsverhältnisse. Im informellen Sektor haben die Menschen nur sehr schlechten Zugang zu Arbeitsrechten. Das versetzt die Arbeiterinnen und Arbeiter in eine gefährliche Situation.

Im Zweiten Halbjahr 2015 und während des gesamten Jahres 2016 war die große Anzahl an zu vermietenden oder zu verkaufenden Häusern wirklich erschreckend hoch. Viele Läden waren geschlossen und viele Arbeitslose waren auf den Straßen zu sehen. Selbst für uns, die wir an die enormen sozialen Folgen des Baus von Belo Monte gewöhnt waren, war das erschreckend. All das hatte natürlich auch Einfluss auf die Steuereinnahme des Staates, was wiederum die Fähigkeit des Staates beeinträchtigt, effektiv auf diese Lage zu reagieren.

**// Interview: Patricia Fachin
Übersetzung: Daniel Martineschen,
Niklas Franzen**

WIDERHALL DER GRÄUEL

KONFLIKTE UM WASSERKRAFTWERKE WECKEN BEI GUATEMALTEKISCHEN INDIGENEN ERINNERUNGEN AN DIE VERGANGENHEIT

Die indigenen Gemeinden Guatemalas haben in den vergangenen 20 Jahren unerschöpflich für die Rückgabe ihres Landes nach dem Ende des 36-jährigen Bürgerkrieges gekämpft. Gleichzeitig sind sie mit der konstanten Gefahr weiterer Enteignung durch Bergbaugesellschaften, Agrarindustrie und dem Bau von Wasserkraftwerken konfrontiert.

Im Februar 2017 hat das Verfassungsgericht von Guatemala seine endgültige Entscheidung über einen Konflikt, der zwei Wasserkraftwerke am Fluss Cahabón betrifft, gefällt. Das Gericht beschloss eine sofortige Einstellung der Bauarbeiten an den Oxec I- und Oxec II-Dämmen, da die Vorgabe, die dort ansässige Bevölkerung der Gemeinde María Cahabón zu konsultieren, nicht eingehalten wurde.

Die Entscheidung des Gerichts bestätigte eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Guatemalas aus dem Jahr zuvor, in dem die Lizenz für den Bau des Damms aberkannt worden war, und eine Rücksprache mit den 29.000 Bewohner*innen entlang des Flusses angeordnet wurde. Diese Konsultation war ursprünglich für den 31. Juli 2016 angesetzt worden, doch nur ein paar Tage vor dem Termin legte das Unternehmen eine Beschwerde ein, um den Termin auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Währenddessen wurde an dem Staudamm weitergebaut.

„Sie kamen, ohne die Gemeinden zu informieren“, sagte Bernardo Caal, einer der Führer der Protestbewegung gegen den Bau von Wasserkraftwerken entlang des Río Cahabón. „Wir haben diesen Einspruch erwirkt, damit das Unternehmen uns über das Projekt informiert und sich mit unseren Gemeinden berät. Doch das Unternehmen legte diese Beschwerde ein und unterließ somit diese offizielle Rücksprache.“

Als Antwort darauf berief die ansässige Bevölkerung eine Anhörung des „guten Willens“ ein, aber diese wurde nur wenige Tage später von der Polizei und Regierungstruppen des rechtsge-

richteten Präsidenten Jimmy Morales verhindert. Der guatemaltekeische Minister für Energie und Bergbau hatte 2014 die Erlaubnis für den 25,5 Megawatt Oxec-Damm und den 45 Megawatt Oxec II-Damm erteilt. Das Unternehmen Hidro Oxec S.A., welches der Familie Bosch Gutiérrez gehört, erhielt eine 50-jährige Erlaubnis, den Fluss zu nutzen. Das spanische Unternehmen Cobra Group, unter Leitung von Florentino Pérez, der auch Präsident des spanischen Fußball-Clubs Real Madrid ist, realisiert ebenfalls einige Projekte entlang des Flusses.

„An der Stelle, an der der Damm errichtet wird, kann jetzt niemand mehr den Fluss zum Fischen, Waschen oder zum Wasserholen benutzen, weil alles abgezaunt ist,“ berichtete Caal. „Das ist eine psychologische Belastung. Davor konnte man zum Ufer, um zu baden, Wasser zu holen und zu waschen. Doch jetzt ist alles durch gut bewaffnete private Sicherheitsfirmen abgeschirmt.“

Die ansässige Bevölkerung wurde nicht konsultiert.

Die Gemeinden warten jetzt darauf, dass die vom Gericht geforderte Konsultation abgehalten wird, um über den weiteren Verlauf des Staudammprojektes zu entscheiden.

Erst ein paar Wochen bevor das Gericht seine Stellungnahme 2017 zu Gunsten der Anwohner des Cahabón veröffentlicht hatte, erzielte auch eine andere Gemeinde einen Sieg gegen die Ausweitung von Wasserkraft.

Am 23. Dezember 2016 veröffentlichte Hidro Santa Cruz, ein Tochterunternehmen der Firma Ecoener-Hidralia, eine Pressemitteilung, in der die Entscheidung über den Ausstieg aus dem Bauvorhaben der „Santa Cruz“-Wasserkraft-Talsperre in der Region Santa Cruz Barillas bekannt gegeben wurde. Das Unternehmen be-

Foto: CMIGUATE



◀ **Bedrohter Fluss**
Werden die Betroffenen
gefragt?

gründete seine Entscheidung mit der Vielzahl an sozialen Konflikten, die das Projekt seit seiner ersten Ankündigung 2009 hervorgerufen hat. Das Projekt wurde durch fortwährende Proteste der Anwohner*innen begleitet sowie durch die Kriminalisierung und Unterdrückung von Aktivist*innen der Protestbewegung. Die Anwohner*innen begrüßten die Bekanntgabe, doch sie sind auch skeptisch. „Es ist nur eine Publikation [in einer Zeitung]. Kein richterliches Dokument garantiert ihren Austritt“, sagt Jorge Ramirez, ein Gemeindevorstand von Barillas, dessen Namen wegen Sicherheitsbedenken geändert wurde. „Wir werden sehen, ob sie gehen.“ Ob das Projekt nun für immer eingestampft wird

Trotz Erfolgen gegen einzelne Staudammprojekte ist die Region noch weiteren ausgesetzt.

oder auch nicht, die Entscheidung das Bauvorhaben aufzugeben, stellt einen Präzedenzfall über den Wert von Widerstand gegen diese Art von Staudammanlagen dar. Doch die guatemaltekische Soziologin Gladys Tzul Tzul weist darauf hin, dass die Region immer noch anderen Staudammprojekten ausgesetzt ist, die ebenfalls mit großen sozialen Konflikten einhergehen, wie dem Wasserkraftwerk in San Mateo Ixtatan. „Der

Abbruch des Hidro Santa Cruz-Projektes ist das direkte Ergebnis des sozialen Drucks“, sagt Tzul Tzul. „Aber wir werden sehen, ob dieser Druck und diese Einigung auch den Gemeinden in San Mateo Ixtatan helfen werden bei ihrem Kampf gegen die Projekte, die dort in Planung sind.“

Am 17. Januar dieses Jahres gab es einen friedlichen Protest gegen den Bau einer Wasserkraftanlage in der Chuj Maya Gemeinde von Yixquisis im Bezirk San Mateo Ixtatan. Beunruhigte Anwohner*innen schlossen sich zusammen, um das Unternehmen Proyección de Desarrollo Hídrico S.A. (PDH) aufzufordern, ihre Gemeinde zu verlassen. Doch der Tag endete mit einer Tragödie, als Paramilitärs, die mit dem Wasserenergie-Unternehmen in Verbindung gebracht werden, das Feuer auf die Protestierenden eröffneten und dabei den 72-jährigen Sebastián Alonzo Juan am Kopf trafen. Er erlag später seinen Verletzungen.

Mitglieder der regionalen indigenen Obrigkeit verurteilten das Attentat und verlangten eine sofortige Untersuchung des Mordes. „Der Ahnenrat bringt seine tiefe Empörung über die anhaltende Aggression transnationaler Unternehmen zum Ausdruck, die den Tod unschuldiger und schutzloser Menschen in Kauf nehmen, indem sie eine Art Kriegszustand provozieren“, schrieb einer der Vorsitzenden des Ahnenrates in der Stellungnahme einer Zeitung. Der Ahnenrat repräsentiert die Akateko, Chuj,

Q'anjab'al, und Popti' Mayan Gemeinden in der Region. „Wir fordern die sofortige lückenlose Untersuchung an dem Mord an Sebastian Alonso Juan, der ein Verfechter der Menschenrechte und insgesamt der Rechte der Chuj war“, erklärte der Rat. Zusätzlich forderten sie den sofortigen Abbruch des Projektes innerhalb ihres Territoriums.

Nach dem Attentat starteten Mitglieder des linken Flügels im Kongress eine Kampagne zur Aufklärung des Mordes. Aber mit dem Beginn der Untersuchung des jüngsten Todesfalls im heutigen Konflikt über die Ausbreitung von Energieprojekten, erwachen auch die tragischen Erinnerungen der Vergangenheit.

Die heutigen Auseinandersetzungen entlang des Cahabón finden genau in der Region statt, in der die Weltbank und die Regierung Guatemalas den Bau eines Megastaudamms als Teil des Energieentwicklungsplans während des 36-jährigen

.....

Das guatemaltekische Militär tötete zwischen 1981 bis 1984 über 600 indigene Achí.

.....

Bürgerkrieges angestrebt hatten. Der Plan beinhaltete drei Wasserkraftwerke: den 360 Megawatt Xalala-Damm am Fluss Chixoy in Quiche, den 300 Megawatt Chixoy-Damm am Chixoy in Baja Verapaz und den 440 Megawatt Chulac-Damm am Cahabón in Alta Verapaz. Das Chixoy-Projekt war das einzige, das zur damaligen Zeit fertiggestellt wurde.

Eine Studie der Weltbank von 1986 behandelt genau diesen Energieausbau in Guatemala. In diesem Bericht steht: „Das angestrebte Projekt soll helfen, die Energieeffizienz zu stärken und würde es so ermöglichen, bei minimalem Systemausbau den derzeitigen Wachstumsprognosen [in der Region] gerecht zu werden.“ Doch wegen der ungünstigen Zusammensetzung des Gesteins entlang des Cahabón, welches einen Damm dieser Größe nicht tragen konnte, wurde das Projekt 1993 aufgegeben.

Als der Bürgerkrieg in den 1980ern in Guatemala wütete, brachten indigene Gemeindemitglieder die militärische Gewalt in der Region mit dem Bauvorhaben des Damms in Verbindung. Solche Eskalation der Gewalt kennzeichnete die Projekte in den 1980er Jahren. Der wohl bekannteste Fall ist die Tragödie um das Massaker entlang des Chixoy

während der Bauphase des Damms. Das guatemaltekische Militär tötete zwischen 1981 und 1984 über 600 indigene Achí entlang des Flusses. Das Militär rechtfertigte diese Massaker, indem es behauptete, dass die Gemeinden die Guerilla unterstützen würden.

Als Antwort auf das Massaker, welches vom Militär Guatemalas verübt wurde, erklärte die Weltbank, sich in Zukunft nie wieder an einem Projekt zu beteiligen, das so viele Menschenleben kostete. Auch die Regierung der USA verurteilte das Massaker und unterstützte die Forderung nach Rückkehrhilfen für die Überlebenden als Grundlage internationaler Hilfe für Guatemala. Doch als das Militär Guatemalas die Achí-Gemeinden am Fluss Chixoy überfiel, mordete es zur gleichen Zeit entlang des Cahabón. Von 1980 bis 1982 tötete das Militär Einwohner*innen aus 14 Gemeinden entlang des Flusses. Bernardo Caal zufolge nutzte das Militär eine natürliche Brücke über den Fluss, um Einwohner*innen, denen sie Guerilla-Aktivitäten unterstellten, zu exekutieren. Dieses Massaker geschah unweit dem Gebiet, in dem heute der Oxec II-Damm gebaut wird.

In den Köpfen der Anwohner*innen sind die Massaker und der Bau des Staudamms unweigerlich miteinander verbunden. „Es waren Säuberungen, um den Weg für den Damm frei zu machen“, erklärt Caal. „Heute kommen sie in anderer Gestalt“, ergänzt Caal. „Jetzt benutzen sie keine Gewehre mehr, heute versuchen sie die Gemeinden durch Geschenke wie Essenslieferungen und den Bau von Dächern, die während des Krieges zerstört wurden, zu entzweien. Das Ergebnis ist, dass mittlerweile elf Gruppierungen in den Gemeinden das Unternehmen in dem Bau des Damms unterstützen.“

// Jeff Abbott
// Übersetzung: Esra Vianne Graul

DIE ANDERE KRISE

DIE ENERGIEVERSORGUNG VENEZUELAS HÄNGT MAßGEBLICH VON WASSERKRAFT AB

Dürreperioden haben die Stromversorgung Venezuelas in den vergangenen Jahren mehrfach an den Rande des Kollapses geführt. Der wichtigste Grund dafür ist die Abhängigkeit von Wasserkraft. Um zukünftig weniger anfällig zu sein, müsste das Land die Stromerzeugung diversifizieren.

Die Krise hat Venezuela fest im Griff. Die Regierung macht für die anhaltende schwierige Versorgungslage einen „Wirtschaftskrieg“ seitens der Opposition und die seit Ende 2014 niedrigen Erdölpreise verantwortlich. Ihre Gegner*innen werfen ihr hingegen Versagen vor. Da die Wirtschaft Venezuelas seit fast 100 Jahren einseitig auf die Erdölförderung ausgerichtet ist, geht zumindest ein gewichtiger Teil der aktuellen Probleme auf strukturelle Ursachen zurück. An der Zielvorgabe, „das Erdöl zu säen“, also mit Hilfe des Rohstoffreichtums die Wirtschaft zu diversifizieren, sind seit Jahrzehnten etliche Regierungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung gescheitert. Doch hinter der aktuellen Wirtschaftslage und den Protesten der Opposition gerät ein wenig aus dem Blick, dass Venezuela auch noch unter einer strukturellen Energiekrise leidet. So sehr wie das Land bei den Devisen auf den Erdölexport angewiesen ist, speist sich auch die Stromversorgung maßgeblich aus einer Quelle: Wasser.

Im Frühjahr vergangenen Jahres entging Venezuela nur knapp dem Zusammenbruch der Stromversorgung. Nach drei Jahren außergewöhnlich starker Dürren, die allgemein auf das Klimaphänomen El Niño zurückgeführt werden, lag der Pegel des Guri-Stausees im südlichen Bundesstaat Bolívar nur noch unwesentlich über der magischen Schwelle von 240 Metern. Wäre er anderthalb Meter tiefer gesunken, hätten die Turbinen des größten Wasserkraftwerks des Landes heruntergefahren werden müssen – und mit ihnen praktisch das ganze Land. Etwa zwei Drittel der in Venezuela verbrauchten Energie von etwa 15,5 Gigawatt werden aus Wasserkraft

gewonnen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Kraftwerk Guri-Simón Bolívar, das bei voller Auslastung bis zu zehn Gigawatt produzieren könnte. Zwischen 1963 und 1986 in mehreren Bauphasen errichtet, ist Guri nach dem zwischen Brasilien und Paraguay gelegenen Itaipú derzeit das zweitgrößte Wasserkraftwerk Lateinamerikas. Zusammen mit sechs kleineren Kraftwerken kommt Venezuela auf eine Kapazität von mehr als 15 Gigawatt, von denen aktuell circa 9,5 Gigawatt tatsächlich erzeugt werden. Das übrige Drittel Energie geht fast komplett auf Wärmekraftwerke zurück, in denen Erdöl verbrannt wird. Doch auch diese sind zusätzlich auf große Mengen Wasser angewiesen.

Ende April vergangenen Jahres gab der venezolanische Energieminister Luis Motta Domínguez per Twitter vorsichtig Entwarnung. „Kameraden!! Es regnet am Guri, wir haben bereits 50 min Regen ... die Regenfälle nähern sich an und mit ihnen DER SIEG! Gott sei mit uns!“

Darauf hoffen zu müssen, Gott möge Regen schicken, zeigt die zentrale Schwäche bei der Nutzung der einst als nationaler Stolz gepriesenen Wasserkraft auf. Abgesehen von ökologischen Folgen durch den Bau von Staudämmen, ist die als „erneuerbar“ titulierte Wasserkraft anfällig für Dürreperioden. Die Energiekrise des vergangenen Jahres war nach 2003 und 2010 für Venezuela bereits die dritte in diesem Jahrtausend.

Die Probleme hatten sich schon lange abgezeichnet: Seit den 1980er Jahren planten die damaligen Regierungen die schrittweise Privatisierung des staatlichen Elektrizitätssektors und investierten im Zuge der Wirtschaftskrise kaum noch. Die Regierung unter Hugo Chávez kaufte privatisierte Energieunternehmen zurück und bündelte diese im Jahr 2007 unter dem Dach des neu gegründeten staatlichen Elektrizitätsunternehmens Corpoelec.

Bereits kurz nach der Verstaatlichung hatte Chávez angekündigt, die Energieproduktion innerhalb von sechs Jahren um 40 Prozent



▲ **Das Kraftwerk Guri-Simón Bolívar** Ein Großteil der in Venezuela verbrauchten Energie wird hier produziert

steigern zu wollen. Die Nachfrage nach Strom hatte durch ein rasantes Wirtschaftswachstum und einen Anstieg des Lebensstandards von zuvor marginalisierten Bevölkerungsgruppen seit 1998 deutlich zugenommen.

Doch die Ausweitung der Stromerzeugung und Modernisierung der Infrastruktur hinkt bis heute den Ankündigungen hinterher. Das im südlichen Bundesstaat Bolívar geplante Wasserkraftwerk Tocoma (Manuel Piar) etwa, das eigentlich 2018 mit einer Kapazität von 2,16 Gigawatt in Betrieb gehen soll, liegt derzeit auf Eis. Grund ist die direkte Partizipation des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht, der derzeit in ganz Lateinamerika in eine beispiellose Korruptionsaffäre verwickelt ist. Neue Wärmekraftwerke sind vereinzelt entstanden, während erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne bisher nur marginal genutzt werden.

Die Chávez-Regierung setzte eher darauf, den hohen Energiekonsum des Landes durch Appelle und konkrete Maßnahmen zu drosseln. Im Rahmen der Misión Revolución Energética (Energische Revolution) ließ sie seit 2006 Millionen Energiesparlampen kostenlos an venezolanische Haushalte verteilen. Die Regierung Maduro griff im vergangenen Jahr auf teils drastische Einsparungsmaßnahmen zurück, um den Zusammenbruch der Stromversorgung zu verhindern. Unter anderem wurden Strom und Wasser rationiert,

die Arbeitswoche im öffentlichen Dienst vorübergehend auf zwei Tage verkürzt und die Uhr umgestellt, um das Tageslicht besser zu nutzen. Den Frauen legte Maduro nahe, sich nicht mehr so häufig die Haare zu föhnen, was Medien weltweit als weiteren Beleg für dessen Unfähigkeit als Regierungschef interpretierten. Ähnliche Resonanz hatte Chávez während der Dürre 2010 entfacht, als seine Empfehlung für eine dreiminütige Dusche als „kommunistische Dusche“ in die Annalen einging. Von der schweren Energiekrise ist ein Jahr später tatsächlich nicht mehr die Rede, der Pegel im Guri-Stausee erreichte Anfang Juli das Optimum. Doch jenseits anekdotenhafter Appelle zur sinnvollen Reduzierung des Stromverbrauchs gilt für die Versorgung letztlich das gleiche wie für die Wirtschaftsstruktur. Eine Diversifizierung könnte die Probleme mittelfristig am nachhaltigsten lösen.

// Tobias Lambert

MÖRDERISCHES PROJEKT

AGUA ZARCA: TODESPROJEKT AUF DEM TERRITORIUM DER LENCA

Mit der Ermordung der indigenen Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres am 2. März 2016 erlangte das Wasserkraftwerk Agua Zarca internationale Aufmerksamkeit. Die Ermittlungen zum Mordfall zeichnen sich durch Einseitigkeit, Verzögerungstaktiken und uferlose Nachlässigkeit und Ignoranz seitens der Justiz und der untersuchenden Behörden aus. Militarisierung der Region Rio Blanco und gewalttätige Übergriffe auf die friedlichen Proteste des Zivilen Rats für indigene und Basisorganisationen Honduras' (COPINH) sind ständige Begleitung.

Der Putsch im Jahr 2009 bedeutete eine Zäsur im gesellschaftspolitischen System Honduras'. Er ermöglichte den institutionellen und gesetzgeberischen Umbau hin zu einem autoritären System und ebnete den freien Zugang zu den natürlichen Ressourcen. Immer restriktivere Gesetze zur Kontrolle der zivilgesellschaftlichen Kräfte werden seitdem verabschiedet.

In der Zeit nach dem Putsch erwarb das honduranische Unternehmen Desarrollo Energético S.A. (DESA) die Konzession über die Nutzung des Flusses Gualcarque. Geplant war das Laufwasserkraftwerk Agua Zarca in Rio Blanco mit einer Kapazität von 21,3 MW, dessen Bau im Jahr 2014 beendet werden sollte. Die zentral-amerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE) gewährte DESA 2012 einen Kredit von 24,4 Millionen US-Dollar. Weitere Finanziers wurden die niederländische Entwicklungsbank FMO und ihr finnisches Pendant FINNFUND. Das deutsche Unternehmen Voith Hydro, ein Joint Venture der Siemens AG und der Voith GmbH, bekam den Zuschlag zur Lieferung der drei Turbinen und der elektromechanischen Ausrüstung. SINOHYDRO, der weltweit größte chinesische Staudammbauer sollte den Bau zügig vorantreiben. Die Lenca sind die zahlenmäßig größte indigene Minderheit Honduras und leben im Südwesten des Landes. Der Fluss Gualcarque ist ihnen heilig und sichert ihnen ihre Existenz. Noch be-

vor DESA nach Rio Blanco kam, wurden kollektive indigene Ländereien rechtswidrig durch ortsfremde, nicht-indigene Familien angeeignet. Der Bau von Agua Zarca hat einen enormen Konflikt provoziert, der die Gemeinden und sogar Familien entzweite.

Schon 2011 formierten sich Proteste gegen Agua Zarca, der Baubeginn zerstörte landwirtschaftliche Anbauflächen und angrenzende Wälder. Die Gemeinden reichten Klage gegen DESA und die staatlichen Stellen wegen Landgrabbing und der Verletzung kollektiven Rechts der indigenen Bevölkerung ein. Sie beriefen sich auf den vom Staat ratifizierten Artikel 169 der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, der ihnen garantiert, dass sie durch vorherige, freie und informative Gespräche zu Projekten, die ihr Territorium betreffen, konsultiert werden müssen (Free Prior and Informed Consent, FPIC). Statt diese vorschriftsmäßigen Konsultationen durchzuführen, tauchten Listen mit gefälschten Unterschriften von Anwohner*innen auf, die ihr Einverständnis nie gegeben hatten. Der Artikel 169 stellt den Indigenen in Honduras ein wichtiges rechtliches Instrument bei Landkonflikten zur Verfügung, das nun durch das eingebrachte „Indigenen Gesetz“ im Nationalen Kongress aufgeweicht werden soll. Der Entwurf wird sowohl von COPINH als auch von der UN-Sonderberichterstatterin für indigene Völker kritisiert. Die bloße Ablehnung eines Projektes durch die Bevölkerung wäre danach nicht mehr möglich. Der neoliberalen Logik sind verbrieft kollektive Landtitel und die Definition der indigenen Territorien ein Dorn im Auge.

Während einer langanhaltenden Straßenblockade erschoss ein Soldat den Gemeindeführer Tomás García vor dem Baugelände durch, woraufhin sich SINOHYDRO aus dem Projekt zurückzog. Der Soldat wurde für den Mord später schuldig gesprochen (siehe LN 499).

Im gleichen Jahr 2013 wurde die Gemeinde La Tejera von einer schwerbewaffneten Militäreinheit überfallen. Sie gaben den Bewohner*innen

zu verstehen, „dass sie ein Blutbad anrichten würden, wenn sie sich nicht aus den Angelegenheiten des Wasserkraftwerkes heraus halten würden.“ Die Kriminalisierung der COPINH-Koordination, begleitet von einer medialen Hetzkampagne, ließ nicht lange auf sich warten. Durch die anhaltenden Unruhen, veranlasste DESA eine Verlegung des Wasserkraftwerkes auf die andere Flussseite. Sie behaupteten nun, dass Agua Zarca nicht mehr ein Landkonflikt im „Zuständigkeitsbereich“ von COPINH sei.

Dramatischer Höhepunkt war die Ermordung Berta Cáceres' am 2. März 2016. Bewaffnete drangen in ihr Haus in La Esperanza ein und erschossen sie. Dies trat eine internationale Welle der Trauer und Empörung los. Cáceres, die Koordinatorin des COPINH, war international bekannt. Noch im Jahr 2015 erhielt sie den renommierten Goldman-Umweltpreis. Schon 2009 trat Cáceres als vehemente Putschgegnerin an die Öffentlichkeit, wobei sie massive Todesdrohungen erhielt. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission ordnete spezielle Maßnahmen zu ihrem Schutz an, die vom honduranischen Staat nur unzureichend umgesetzt wurden. Cáceres erhielt im Vorfeld massive Todesdrohungen, allein 33 Anzeigen lagen der Staatsanwaltschaft vor. Nach dem Mord versuchte der honduranische Staat weiterhin COPINH in die Knie zu zwingen. So reagierte er auf die friedlichen Proteste in Tegucigalpa mit unverhältnismäßig großer Gewalt. Zuletzt verwies er die internationalen Menschenrechtsbeobachter*innen, die COPINH begleiteten, des Landes und verhängte Einreiseverbote gegen sie. Direkt nach dem Mord zeigte sich, dass die Ermittler versuchten, den Mord Mitarbeiter*innen des COPINH in die Schuhe zu schieben. Ein kontaminierter Tatort, ein fehlendes forensisches Gutachten bis hin zu nicht aufgenommenen Beweismitteln sind nur die ersten sichtbaren Verfehlungen der ermittelnden Behörden (siehe LN 502). Als Monate später dann noch das Auto der Richter*in mitsamt der Untersuchungsakte gestohlen wurde, meldete sich der UN-Sonderberichterstatter Michel Forst zur Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen zu Wort: „Der Diebstahl zeigt die Schwäche des honduranischen Justizsystems und verdeutlicht das grundlegende Problem der anhaltenden Straflosigkeit. Es zeigt die Unfähigkeit beziehungsweise den fehlenden Willen der Autoritäten zu ermitteln und die schwerwiegenden



Foto: Ocote Films

▲ **Beschützerin des Flusses** Berta Cáceres vor dem Río Gualcarque

Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen.“ Bisher wurden acht Personen festgenommen, die mutmaßlich an der Organisation und Ausführung des Mordes beteiligt waren. Mehrfach wurde die Kritik an den Ermittlungen laut, dass nicht gegen die Auftraggeber*innen des Mordes ermittelt werde. Unter den Festgenommenen sind der Manager für Sozial- und Umweltfragen der DESA, Sergio Rodríguez, Mariano Díaz, Major der honduranischen Streitkräfte, der ehemalige Desa-Sicherheitschef Douglas Bustillo und Elvin Rápalo, der mutmaßliche Auftragsmörder. Díaz und Bustillo sind nachweislich an der School of the Americas, der US-Militärakademie für lateinamerikanische Militärs, ausgebildet worden. Die erste Anhörung im April 2017 musste verschoben werden, da dem Anwaltsteam der privaten Kläger weder Kopien der Beweismittel noch weitere Informationen durch die Staatsanwaltschaft ausgehändigt wurden. In einer öffentlichen Stellungnahme von COPINH und der Familie von Cáceres hieß es: „Wir sind über die enorme Macht alarmiert, die diese ökonomisch-kriminellen Gruppen besitzen, die die Ermordung Berta Cáceres' angeordnet haben. Es scheint nun, dass es keine fähige Kraft gibt, die diesen Pakt der institutionellen Straflosigkeit, der die Auftraggeber*innen des Verbrechens deckt, bricht.“ Einige Tage danach erhielt das Anwaltsteam die geforderten Unterlagen.

Nach der Anhörung am 7. Juni äußerte sich COPINH-Anwalt Victor Fernández, dass die Verteidigung erklärt habe, dass es keine Beweise gebe, ihre Mandanten unschuldig seien und der Prozess deswegen eingestellt werden solle.

Bei der Klage gegen die staatlichen Stellen kam im Juli 2016 Bewegung ins Spiel. So wurden gegen den Ex-Umweltminister Jonathan Laínez und den Ex-Vizeumweltminister Roberto Cardona wegen der illegalen Vergabe der Baugenehmigung und der Lizenz für Agua Zarca Prozesse eingeleitet. Der Sprecher der Unterstützungsmission gegen Korruption und Straflosigkeit (MACCIH), Juan Jiménez, kündigte nun Untersuchungen an, die mit dem Beginn und Umsetzung des Projektes Agua Zarca in Verbindung stünden. Es würde nun gegen Funktionäre des Staates und DESA ermittelt werden, da der Verdacht auf Betrug, Machtmissbrauch, Geldwäsche sowie der Bildung einer unerlaubten Vereinigung bestünde. Weiter versicherte Jiménez, dass es weder bei der Lizenzvergabe noch später eine FPIC gegeben habe. Der MACCIH sei aufgefallen, dass zwar ein Verfahren gegen Cardona wegen der Erweiterung laufe, aber keines wegen der Lizenz selbst. Dazu käme, dass die Erweiterung nicht durch das Parlament gegangen sei. Auffällig sei auch, wie das Kapital der DESA innerhalb kurzer Zeit von knapp 25.000 Lempira auf mehrere Millionen angestiegen sei und die kaum 6 Monate alte Firma sich für eine millionenschwere Lizenz bewerben konnte.

COPINH und seine Partnerorganisationen kritisieren, dass die beteiligten Banken FMO und

FINNFUND lange tatenlos abwarteten. Nach dem Mord an Cáceres stellten sie vorerst ihre Zahlungen an DESA ein. Die FMO, die mit 15 Millionen US-Dollar beteiligt ist, sprach davon, einem „verantwortungsvollen“ Ausstieg anzustreben. Sie befürworteten einen „Dialogprozess“ in den betroffenen Gemeinden, den COPINH begründetermaßen ablehnt. Inzwischen haben alle beteiligten Banken – BCIE, FMO und FINNFUND – erklärt, dass sie das Projekt nicht weiter finanzieren würden. Daraufhin verkündete die Firma DESA Mitte Juli dieses Jahres, dass sie das Projekt Agua Zarca nicht weiter verfolgen würde. Damit endet auch die Teilnahme von Voith Hydro an dem Projekt.

Ist dies nun ein später Erfolg für COPINH? Angesichts der Morde und der anhaltenden Gewalt, die mit dem Konflikt um Agua Zarca im Zusammenhang stehen, kann von „Erfolg“ nicht gesprochen werden. Der Konflikt zeigt deutlich welchen Stellenwert Menschenrechte und Sorgfaltspflicht innerhalb der Finanzinstitutionen und Unternehmen einnimmt.

Voith Hydro etwa wurde bereits im Juli 2013 auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Konflikt um Agua Zarca hingewiesen. Reagiert hat es erst nach dem Mord an Berta Cáceres, indem es erklärte, die Lieferungen „vorläufig“ zu suspendieren. Letztlich wartete das Heidenheimer Unternehmen aber ab, bis andere die Entscheidung über den weiteren Verlauf des Projektes trafen. Das Aussitzen von derartigen Konflikten scheint immer noch lukrativer zu sein, als selbst die Entscheidungen zu treffen.

// Daniela Dreissig

DESA – FINANZKAPITAL MEETS MILITÄR

Die Familie Atala gehört zur Wirtschaftselite Honduras und Zentralamerikas und unterhält beste Kontakte zur honduranischen Politik und zum Militär. Camilo Atala ist Eigentümer der größten Bank Honduras Ficohsa. Sein Bruder José Eduardo sitzt im Vorstand von DESA, ist Präsident der honduranisch-amerikanischen Handelskammer und war Manager der BCIE Honduras. Zwei Drittel des Gründungskapitals von DESA gehören den beiden Brüdern. Ihr Cousin Jacobo Nicolás ist Vizemanager von DESA und Manager der Bank BAC. Daniel Atala ist Finanzdirektor von DESA. Der Geschäftsführer von DESA, David Castillo, war nach seiner Ausbildung an der US-Militärakademie Assistent des Geheimdienstleiters der honduranischen Armee und technischer Direktor der Energiefirma ENEE, die den Zulieferervertrag für Agua Zarca erhielt. Mit dem Baubeginn kam es zu einer extremen Militarisierung, bis hin zur zeitweiligen Stationierung von Mitgliedern eines Militärbataillons auf dem Baugelände von DESA. Die TIGRES, eine spezielle mit Geheimdienstaufgaben betraute Militäreinheit, war bei vielen Aktionen gegen die Agua Zarca-Gegner*innen beteiligt.

FREIE FLÜSSE IN SÜDMEXIKO

ERFOLGREICHE STAUDAMM-WIDERSTÄNDE IN OAXACA UND PUEBLA



Der breite Zusammenschluss aus Gemeinden, kirchlichen Vertreter*innen und Lehrer*innengewerkschaft führt zum Planungsstopp des Staudamms in Paso de la Reina. Nun weitet die Bewegung ihr Engagement auch auf andere Themenfelder aus, die die Region bedrohen und steht dabei in einer langen Tradition der Mobilmachung gegen Großprojekte in Mexiko allgemein.

„Wir werden ja sehen, wann ihr endlich diese verdammte Kette entfernt“, brüllte der vor Wut rot angelaufene Vorsitzende Gabriel Iglesias Meza von der Gemeinde Santiago Jamiltepec. Seiner angestauten Wut machte der berüchtigte Lokalpolitiker an einem schwül-heißen Herbst-

tag 2012 Luft. Der Grund: Seit über drei Jahren überwacht ein Protestcamp mit einer Kette den einzigen Zugangsweg zum kleinen Dorf Paso de la Reina. An der Blockade beteiligen sich rund 40 Dörfer, wobei jede Gemeinde Wachen im Rotationsprinzip stellt. Zweck der Territorialkontrolle ist die Machbarkeitsstudien für das Wasserkraftprojekt „Paso de la Reina“ zu verhindern, das im Flussbecken des Río Verde, nahe der Pazifikküste von Oaxaca, geplant wird. Der Gemeindevorsitzende Gabriel Iglesias Meza richtete seine Drohung an Fidel Heras Cruz, Dorfvorstand von Paso de la Reina und aktives Mitglied des Widerstands. Die Drohung des Politikers wurde von den Staudammgegner*innen sehr ernst genommen. Schließlich handelt



▲ **Don Cenobio Chávez** „In diesem intensiven Kampf haben wir gelernt, dass der Fluss Leben bedeutet.“

es sich bei Gabriel Meza um einen Spross der berühmtesten Großgrundbesitzer*innen-Familie Iglesias, welche die Region seit Jahrzehnten mit eiserner Hand regiert. Wenige Tage darauf konfrontierte eine Abordnung von 30 Aktivist*innen den Politiker in seinem Amtssitz und übergab ihm ein Dutzend offizielle Schreiben von anderen Gemeindevorständen, die Fidel Heras und die Arbeit der Widerstandsnetzwerk unterstützen. Angesichts des geschlossenen Auftretens der Staudammgegner*innen bestritt Iglesias je aggressiv geworden zu sein und ließ die Gemeinden danach in Ruhe.

Der Vorfall in Jamiltepec ist einer der Kristallisationspunkte der elfjährigen Geschichte des Rats der vereinten Dörfer für die Verteidigung des Grünen Flusses – Copudever. Die Gemeinden der indigenen Chatinos und Mixtecos, aber auch die afromexikanische und mestizische Bevölkerung organisierten einen erfolgreichen Widerstand gegen das Elektrizitätsprojekt, das mit einer Staumauer von 195 Meter Höhe rund 17.000 Anwohner*innen direkt und 97.000 Personen indirekt betroffen hätte, wie die Nichtregierungsorganisation EDUCA, welche den Widerstand begleitet, schätzt.

Der ehrwürdige Cenobio Chávez, aufgrund seines Alters so was wie der Großvater der Bewegung, erinnert sich an die Anfänge: „Zu Beginn war diese Arbeit sehr intensiv, Tag und Nacht waren wir unterwegs, mit viel Elan und Glauben. Wir sagten uns, lasst uns den Widerstand in den umliegenden Dörfern säen. Wir nahmen an den Versammlungen teil und redeten mit den Dorfvorstehern“. Don Cenobio, sichtlich bewegt, richtet sich an die Staudammgegner*innen aus Panamá, die zu einem kulturellen Austausch im März 2017 nach Paso de la Reina kamen: „In diesem intensiven Kampf haben wir gelernt, dass der Fluss Leben bedeutet. Ohne Wasser gibt es kein Leben. Wir befürchteten zu Beginn, dass die Behörden uns einschüchtern werden, dass die Polizei kommen wird, dass uns die Narcos [Drogenbanden in Mexiko, Anm. d. Red.] töten würden, aber nichts davon ist geschehen“. Die Veranstaltung am Ufer des Río Verde schloss mit einem Ritual, mit Gesang, bei dem Kinder den Fluss mit Blumen schmückten.

Mexiko hat wie andere Länder der Region hunderte Staudämme, der Río Verde ist einer der wenigen nicht gestauten Flüsse. Der erfolgreiche, gewaltfreie Widerstand hat mehrere Grün-

de. Der wichtigste ist wohl der, der sehr breiten Allianz, welche die Dörfer flochten. Ein wichtiges Standbein war dabei der kirchliche Rückhalt. Ganz im Sinne der Vatikanlinie haben sich auch konservative Bischöfe der Diözese von Puerto Escondido ohne Wenn und Aber hinter die Bewegung gestellt. Dies ging so weit, dass der scheidende Bischof an den wichtigsten Kirchen der Diözese große Transparente aufhängen ließ, mit denen er und sein Stab Stellung gegen das Projekt bezogen.

Die kirchliche Basisarbeit gegen das Projekt wurde von den ekklesialen Basiskomitees gemacht, einem Überbleibsel der Befreiungstheologie, in denen vor allem Frauen den Ton angeben. Die Priester waren etwas vorsichtiger, wie der Copudever-Aktivist Jaime Jiménez schmunzelnd sagt: „In allen Kirchengemeinden wurde zum Thema Staudammwiderstand gearbeitet, einige Priester legten ihr ganzes Gewicht in die Waagschale, andere wiederum zogen sich in ihr Schneckenhaus zurück und vermieden es zu erklären, dass verschiedene Megaprojekte die Küstenregion bedrohen, darunter auch Bergbauprojekte.“

Doch die kirchliche Verankerung war nicht die einzige. Auch aus den sozialen Bewegungen erhielt der COPUDEVER wichtigen Rückhalt, allen voran von der sozialistisch geprägten Lehrer*innengewerkschaft, der Sektion 22 der CNTE-SNTE.

Dass Kirche und Lehrerschaft zusammen auf die Straße gehen, hat in Mexiko Seltenheitswert. Im Fall des Staudammwiderstands von Paso de la Reina gelang dies eindrücklich: So demonstrierten in Pinotepa Nacional, der Hauptstadt der Costa Chica, zehntausend Menschen am 14. März 2011, des internationalen Tags gegen Staudammprojekte. „Als Organisation haben wir ein Gewicht“, sagt Jaime selbstbewusst, und weist darauf hin, dass die Elektrizitätsbehörde CFE in Jamiltepec ihr Projekt-Büro im Sommer 2016 frustriert geschlossen hat.

In der jüngsten Zeit wurden aufgrund des erfolgreichen Planungsstopps des Großprojektes auch andere Themen in der Bewegung aufgenommen: Auf regionalen Kulturforen treffen sich Anrainer*innen des Flusses, stärken territoriale und kulturelle Netzwerke und entwickeln ein Selbstverständnis als Beschützer*innen des Flusses.

Auch neue Bedrohungslagen werden diskutiert, wie der Klimawandel, der häufigere Extremwet-

terlagen bringt, oder die Ausbreitung der Mafiastrukturen, die vom nahen Guerrero her in die Region einsickern. Eva Castellanos, eine junge Aktivistin aus Paso de la Reina, macht einen nachdenklichen Eindruck, wenn sie resümiert: „Auch wenn wir das Kraftwerk stoppen konnten, wir sind alle von diesem Großprojekt betroffen, wir organisieren uns, streiten mit Nachbarn, die nicht mit uns einig sind, denken ständig an das Projekt“.

Der Widerstand von Paso de la Reina ist nur eine der zahlreichen Mobilisierungen gegen Großprojekte in Mexiko. Oft gehen dabei Elektrizitätsprojekte und Bergbau Hand in Hand. Ein solches Beispiel ist die Sierra Negra, die ärmste Region im Bundesstaat Puebla. In dieser Bergregion an der Grenze zu Oaxaca will der mexikanische Eisen- und Stahlproduzent Autlan, der zur Gruppe Ferrominero gehört, gleich

.....
„Auch wenn wir das Kraftwerk stoppen konnten, wir sind alle von diesem Großprojekt betroffen.“

drei Zuflüsse zum Río Tonto mehrfach stauen. Mit der Energie sollen die Anlagen von Autlan betrieben werden. Die von ihnen geförderten Metalle gehen dann auch an die Autoindustrie in Puebla, wo Audi und VW große Werke betreiben.

Die Planung für das Projekt in den Flüssen Atzalan, Huitzilatl y Coyolapa wurden vor einem Jahr bekanntgegeben, es fand jedoch keine Befragung der indigenen Naha-Bevölkerung statt. Nur deren Gemeindepräsident*innen wurden in die Details eingeweiht und mit Schmiergeldern gekauft.

Doch seit dem Herbst 2016 ist die Sierra Negra im Aufruhr, ständig finden Aktionen statt. So nehmen an Widerstandsforen oft über zweitausend Personen teil. Die korrumpierten Lokalbehörden werden in Versammlungen öffentlich beschimpft, die Firmenvertreter*innen vertrieben, mehrere Lokalradios gingen auf Sendung. Zwar stürmten *Pistolerxs* im Auftrag eines Lokalpolitikers eines der Lokalradios, wobei der Verwandte eines Radiomachers schwer verletzt und das Studio verwüstet wurde, doch wenige Wochen nach dem Vorfall war Radio Tlayole wieder auf Sendung. Mit einem so entschlossenen Widerstand hatten die Investoren nicht



▲ **„Wir sind nicht einverstanden!“** Alt und jung wehren sich gegen das Staudammprojekt Paso de La Reina

gerechnet. Nachdem die mit dem Widerstand alliierte indigene zapatistische Agrar-Bewegung MAIZ diesen Januar mehrere Büros von Autlan gleichzeitig besetzte, wurde der eigentlich für Jahresbeginn geplante Baubeginn auf die lange Bank geschoben.

Spannend im Prozess der Sierra Negra ist die Diskussion um die indigene Befragung. Seit der Energiereform von 2013 im Gesetz verankert, ist sie ein in Augen der Investoren notwendiges Übel beim Bau von Infrastruktur auf indigenem Gebiet. Die „Consulta“ wird nach wie vor gerne ganz vermieden oder es gibt ein Schnellverfahren innerhalb weniger Tage, höchstens Wochen. Internationalen Standards entspricht so eine „Express-Befragung“ nicht.

Im Falle des Wasserkraftprojekts in der Sierra Norte wurde die Bewilligung erteilt, ohne dass auch nur der Schein einer Befragung durchgeführt wurde. „Alle Projektbewilligungen sind deshalb illegal“, sagt Omar Esparza, Sprecher von MAIZ Puebla. „Und die Befragung ist nun zu einer Strategie der Investoren und der wenigen Befürworter geworden, denn die Gegner wollen keine Befragung mehr akzeptieren.“ Das hat verschiedene Gründe, so Esparza: „Erstens gibt

es noch kein ausführendes Gesetz zur indigenen Befragung. Alle bisherigen Befragungen wurden immer unter der Ägide des staatlichen Energie-sekretariats SENER durchgeführt, das somit ein interessengebundener Richter ist.“ Dementsprechend waren auch die Richtlinien der bisherigen Befragungen investorenfreundlich formuliert, das wichtige indigene Recht verkam zu einer bürokratischen Hürde. Esparza spricht Klartext: „Solange es kein Gesetz zur indigenen Befragung gibt, darf in Mexiko kein Großprojekt mehr in den indigenen Territorien gebaut werden.“ Wobei er zugibt, dass ein solches Gesetz ein zweischneidiges Schwert sein kann. Viele Fragen um dieses indigene Recht sind völlig offen, im mexikanischen Parlament sind bisher ein halbes Dutzend Vorschläge eingegangen. Doch die Legislative hat sich bisher noch nicht an das sperrige Thema gewagt. Obwohl die Finanzpresse über 600 durch Einsprüche blockierte Energieprojekte lamentiert, gilt es als äußerst fraglich, ob das noch während der Amtszeit von Peña Nieto geschehen wird, der nur noch ein-einhalb Jahre im Amt ist.

// Philipp Gerber



Das Geschäft mit der Wasserkraft: Schlaglichter auf europäische Konzerne

Die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt einer
vermeintlich umweltfreundlichen Technologie

Von Christian Russau

unter Mitwirkung von

**Thilo F. Papacek, Heike Drillisch und
Caroline Kim**



LN-DOSSIERS

Themenbroschüren, herausgegeben von den Lateinamerika Nachrichten

Nr. 14 // Vorwärts und nicht vergessen Eine Zeitreise durch die Lateinamerika-Solidarität // Februar 2016

Nr. 13 // Green Grabbing und Bioökonomie in Lateinamerika Land, Wald und Wasser im Visier von Klimaschutz und Profit // Dezember 2015

Nr. 12 // Kämpferisch, korrupt, kriminalisiert Gewerkschaften in Lateinamerika // September/Oktober 2015

Nr. 11 // Grenzen bewegen Migration und Grensräume in Lateinamerika // Juli/August 2014

Nr. 10 // Abseits des Flutlichts Fußballkultur in Lateinamerika rund um die WM // Mai 2014

Nr. 9 // Im Schatten der Spiele Fußball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien // September/Oktober 2013

Nr. 8 // Erbe einer Diktatur 40 Jahre nach dem Putsch in Chile // Juli/August 2013

Nr. 7 // Medien und Macht in Lateinamerika Staatsnähe, Medienkonzentration und Gegenöffentlichkeit // März 2013

Nr. 6 // Verbohrte Entwicklung (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika // September/Oktober 2012

Nr. 5 // Suche nach Harmonie Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist // Juli/August 2012

Nr. 4 // Landhunger und satte Gewinne Geschäfte mit Ackerland in Lateinamerika // September 2011

Nr. 3 // Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko // Juni 2011

Nr. 2 // Wir waren unsichtbar Honduras nach dem Putsch – Perspektiven der Widerstandsbewegung // April 2011

Nr. 1 // Glaube Hoffnung Macht Christliche Kirchen in Lateinamerika // November 2010



Die Dossiers sind teilweise noch als Einzelbroschüren verfügbar. Wenn diese vergriffen sind, verschicken wir gerne die jeweilige Ausgabe mit eingetextetem Dossier.

Einfach bestellen:

Email an abo@LN-Berlin.de oder
telefonisch unter 030 - 694 61 00

www.lateinamerika-nachrichten.de